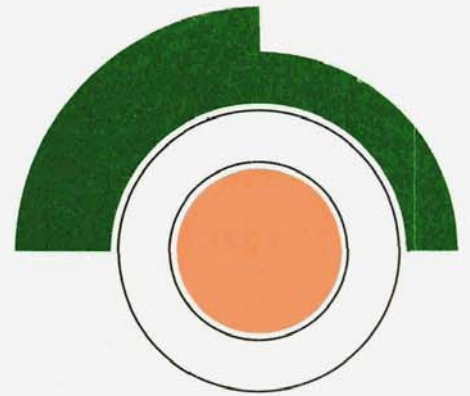


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 20



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 16.12.1997

WORT UND WIDERWORT

Welche Bedeutung hat die Umweltwirtschaft in NRW?

Qualitative Verbesserungen der Umweltsituation seien nur mit dem Konzept der Kreislaufwirtschaft und dem Ansatz des nachhaltigen Wirtschaftens zu erreichen. In diesem Ansatz seien ökologische, soziale und ökonomische Ziele integriert. Darum müsse die Umweltwirtschaft jetzt ihr Engagement im Bereich der Entwicklung neuer, innovativer Technologien, speziell beim produkt- und produktionsintegriertem Umweltschutz, verstärken. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dr. Bernhard Kasperek**. Der CDU-Landtagsabgeordnete **Werner Stump** betont, die Umweltwirtschaft in NRW und vor allem im Ruhrgebiet bedeute zweifelsohne eine Chance für Strukturwandel. Dabei sei bemerkenswert, daß die Umweltwirtschaft im Land in ihren Anfängen zunächst oft aus den traditionellen Aktivitäten etablierter Unternehmen entstanden sei. Die Umweltwirtschaft werde bei entsprechenden Anstrengungen auch künftig ein wichtiger Innovations- und Arbeitsplatzmotor sein. Die GRÜNE-Abgeordnete **Alexandra Landsberg** bekräftigt, vorsorgende Umwelttechniken hätten an Bedeutung gewonnen. Von einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sei man jedoch noch weit entfernt. Um dem produkt- und produktionsintegriertem Umweltschutz eine breite wirtschaftliche Basis zu verschaffen und Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern, müsse die Politik erst die richtigen Rahmenbedingungen vorgeben. Dazu gehöre die Umsetzung einer ökologischen Steuerreform. (Seite 2)

CDU beantragt Debatte über Rücktrittsdrohung Landtagssitzung wurde aufgehoben

Zu Beginn des Plenums am 12. Dezember hat die CDU beantragt, die angebliche Rücktrittsdrohung des Ministerpräsidenten zu erörtern, über die der WDR berichtet, die der Landeswirtschaftsminister im Parlament aber als „baren Unsinn“ abgetan habe. CDU-Fraktionschef **Dr. Helmut Linssen** verlangte sofortige Abstimmung.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, beantragte eine Unterbrechung der Sitzung. Dr. Manfred Busch (GRÜNE) erklärte, der Präsident möge (Koalitionsabgeordnete zogen gerade aus dem Saal aus) die Beschlußfähigkeit prüfen. Daraufhin hob Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Sitzung auf. Den Hintergrund des CDU-Antrags bildete ein Beitrag zur WDR-Sendung Aktuelle Stunde vom 11. Dezember. In diesem Bericht waren Teile eines Gesprächs über zwei Millionen Mark für weitere wasserrechtliche Gutachten der Umweltministerin zu vernehmen. Dabei habe Rau für den Fall mit seinem Rücktritt gedroht, daß dies Geld nicht bewilligt oder mit einem Sperrvermerk versehen werde.

Auf diesen Vorfall in der Haushaltsdebatte angesprochen, habe Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) „Äußerungen über

den Ministerpräsidenten“ als „baren Unsinn“ bezeichnet. Eine Deutung des CDU-Abgeordneten Laurenz Meyer, Rau habe zu erkennen gegeben, die Koalition sei ihm wichtiger als Garzweiler II, wertete Matthiesen in derselben Debatte, wenn sie nicht zurückgenommen werde, als Äußerung eines „politisch motivierten Rufmörders“.

Die Woche im Landtag

Haushalt

Der Landtag hat die Einzelpläne des Haushaltsgesetzes 1998 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz in zweiter Lesung verabschiedet. (Seite 3)

Staatsbad

Ein neuer Kurdirektor soll Bad Oeynhausen in die Zukunft führen. Er appelliert an die Zusammenarbeit und ein neues „Wir-Gefühl“. (Seite 9)

Mittelabfluß

Der Haushaltskontrollausschuß hat sich erneut mit Unregelmäßigkeiten beim Vollzug des Kindertagesstättengesetzes beschäftigt. (Seite 10)

Bahnprobleme

Mehr Güterverkehr aus Nachbarländern auf die Schiene zu bringen, war eines von mehreren im Verkehrsausschuß diskutierten Bahnproblemen. (Seite 11)

Wirtschaftsfragen

Zum Entwurf des Einzelplans des Wirtschaftsministers im Haushalt 1998 gab es im Wirtschaftsausschuß viele Fragen an das Ressort. (Seite 12)

Weihnachtsmarkt

Weihnachtsmärkte haben Konjunktur. Aber in Much im Bergischen Land gibt es noch einen Weihnachtsmarkt, wo Kommerz eher kleingeschrieben wird. (Seite 16)



Student '68



Student '97

Zeichnung: Mandzel (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Bodenschutzgesetz schließt Lücke im Umweltbereich

Von
Dr. Bernhard Kasperek

Die Umweltschutzwirtschaft in NRW hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen Boom erlebt. Allein im privaten Sektor arbeiten mittlerweile über 100 000 Menschen in der Umweltschutzwirtschaft, insgesamt sind es mehr als rund 160 000 Beschäftigte. Unternehmen in NRW sind heute auf allen umweltpolitischen Feldern mit einer Angebotspalette aktiv, die sich in dieser Breite in keiner anderen Region Europas findet.

Die Umweltwirtschaft in NRW ist eine Zukunftsindustrie, die aus den ökologischen Problemen der alten Industriestruktur neue Entwicklungsimpulse für die nordrhein-westfälische Wirtschaft geschaffen hat und weiterhin schaffen kann. Dazu gehören eine günstige Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung und neue, hochwertige Arbeitsplätze, ebenso wie wesentliche Impulse für Forschung und Entwicklung und die hohe Innovationsfähigkeit der Umweltwirtschaft.

Die Umweltwirtschaft in NRW steht ungeachtet dieser positiven Bilanz vor neuen Herausforderungen und auch vor Anpas-

SPD: Eine gute Chance, um Verdrossenheit abzubauen

sungserfordernissen. Sie hat in den letzten Jahren erkennbar an Dynamik verloren. Sie hat sich bisher besonders im Bereich des nachsorgenden Umweltschutzes und der End-of-pipe-Technologien engagiert.

Diese Techniken und Technologien haben und behalten – besonders für den Exportmarkt – ihre Bedeutung. Weitere qualitative Verbesserungen der Umweltsituation hier bei uns werden wir dagegen nur mit dem Konzept der Kreislaufwirtschaft und dem Ansatz des nachhaltigen Wirtschaftens erreichen. In diesem Ansatz sind ökologische, soziale und ökonomische Ziele integriert. Darum muß die Umweltwirtschaft jetzt gleichzeitig ihr Engagement im Bereich der Entwicklung neuer, innovativer Technologien, speziell beim produktions- und produktintegrierten Umweltschutz verstärken. Es kommt darauf an, innovative neue Produkte und Angebote zu entwickeln, die bestehenden Märkte in neue Richtungen führen oder neue Märkte entwickeln. Landtag und Landesregierung unterstützen diese, vor allem für die mittelständisch geprägte Umweltschutzwirtschaft oft nur schwer zu bewältigende Herausforderung durch die „Landesinitiative produktionsintegrierter Umweltschutz“. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat als einen wesentlichen Impuls zur weiteren Entwicklung der Umweltwirtschaft den „Umweltkonsens NRW – Pakt für Umwelt, Innovation und Beschäftigung“ mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft erarbeitet. Sein Ziel ist es unter anderem, die Rahmenbedingungen für die Umweltwirtschaft zu verbessern und ihr neue Impulse zu geben.

Von
Werner Stump

Die CDU-Landtagsfraktion NRW hat in ihrem der Öffentlichkeit am 1. September 1997 vorgestellten Antrag „Umweltakt für Nordrhein-Westfalen“ die Umweltwirtschaft als „Innovations- und Arbeitsplatzschmiede“ bezeichnet, die es weiter zu stärken gilt.

Die Umweltwirtschaft ist ein sehr innovativer Bereich. Häufig sind die Innovationen durch Ordnungsrecht ausgelöst oder zumindest unterstützt worden, zuletzt durch das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes und das damit verbundene untergesetzliche Regelwerk. Rückblickend läßt sich feststellen, daß seit dem Antritt der Regierung Kohl in Bonn gerade in den Bereichen Abfallwirtschaft, Wasser und Abwasser und Luftreinhaltung durch gesetzliche Regelungen ein enormer Innovationsschub ausgelöst wurde, der die eigentliche Grundlage für die Herausbildung einer Umweltwirtschaft in NRW und in Deutschland ist. Mit der anstehenden Verabschiedung eines Bodenschutzgesetzes wäre dann auch die letzte Lücke im Umweltbereich geschlossen. Von dieser Re-

CDU: Wichtiger Motor für Innovation und Arbeitsplätze

gelung wird ebenfalls ein Impuls für Innovationen und Beschäftigung in der Umweltwirtschaft ausgehen.

Insgesamt ist jedoch zur gesetzlich induzierten Innovation in der Umweltwirtschaft anzumerken, daß auch das Ordnungsrecht einer Nutzen-Kosten-Rechnung unterliegt. Wirklichkeitsfremde, ideologisch begründete Umweltstandards schaden der Volkswirtschaft und vernichten Arbeitsplätze. Freiwillige Vereinbarungen sind deshalb häufig vorzuziehen.

Die Umweltwirtschaft ist auch eine Arbeitsplatzschmiede. Nach Angaben führender Wirtschaftsforschungsinstitute waren in Deutschland 1994 insgesamt 956 000 Personen im Umweltschutz beschäftigt. Die Dynamik im Arbeitsplatzaufbau in den 80er und zu Beginn der 90er Jahre ist in jüngster Zeit jedoch erheblich gesunken. Das zeigt, daß sich die Umweltwirtschaft hin zu einer „normalen“ Wirtschaft entwickelt, die sich auch im internationalen Wettbewerb harter Konkurrenz erwehren muß. Wenn Deutschland zusammen mit den USA auch künftig die Spitzenposition im globalen Umweltmarkt behaupten will, bedarf es weiterer großer Anstrengungen. Die Umweltwirtschaft in NRW und vor allem im Ruhrgebiet bedeutet zweifelsohne eine Chance für Strukturwandel. Dabei ist bemerkenswert, daß die Umweltwirtschaft in NRW in ihren Anfängen zunächst oft aus den traditionellen Aktivitäten etablierter Unternehmen entstanden ist. Die Umweltwirtschaft wird bei entsprechenden Anstrengungen auch künftig ein wichtiger Innovations- und Arbeitsplatzmotor sein.

Von
Alexandra Landsberg

In Gelsenkirchen entstehen 300 zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Solarfabrik, die dort mit Unterstützung des Landes gebaut wird. 400 weitere Menschen sollen im Umfeld und bei den Zulieferern Arbeit finden. Ein vorläufiger Höhepunkt für vorsorgenden Umweltschutz in NRW.

Der Industriebesatz des Ruhrgebiets der 50er und 60er Jahre war eine gute Voraussetzung für die Entwicklung einer starken nordrhein-westfälischen Umweltwirtschaft. Die Landesregierung nahm den grauen Himmel über der Ruhr zum sichtbaren Anlaß, um die industrielle Produktion im Land umweltverträglicher zu gestalten. Seitdem macht die Umweltwirtschaft in NRW einen stetigen Wandel durch.

In den 70er Jahren kennzeichnen Verbote und Auflagen diese frühe Phase des Umweltschutzes. Entsprechend nahm auch die Beschäftigung im Bereich von end-of-pipe-Techniken wie Luftreinhaltungstechnik, Altlastensanierung, Sicherheitstechnik und Gewässerreinhaltung zu.

In den 80er Jahren treten vereinzelt vorsorgende Umweltschutzmaßnahmen hinzu. Ersatzstoffe für toxische Materialien, regenerative Energiequellen, Energiespartetechniken und andere Verfahren zur Verbesserung der

GRÜNE: Strukturwandel notwendig

Ressourceneffizienz gewinnen an Bedeutung. Heute haben vorsorgende Umwelttechniken an Bedeutung gewonnen. Ganz aus ihrem Nischendasein sind sie jedoch nicht herausgekommen. Von einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sind wir weit entfernt. Um dem produkt- und produktionsintegrierten Umweltschutz eine breite wirtschaftliche Basis zu verschaffen und Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern, muß die Politik erst die richtigen Rahmenbedingungen vorgeben. Dazu gehört die Umsetzung einer ökologischen Steuerreform, die diesen Namen verdient. Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bonn geforderte CO₂-Primärenergiesteuer wäre zudem eine wichtige Voraussetzung für die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

Aber auch auf der Ebene der Landespolitik lassen sich marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente einsetzen, um ökologisches Verhalten rentabel zu machen. Die kürzlich vorgelegten Gutachten vom Ökoinstitut in Freiburg und vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut in Köln belegen eindringlich, daß die Abwärmeabgabe, die Sonderabfallabgabe und die Grundwasserentnahmeabgabe neue Chancen für innovative Umwelttechniken in NRW eröffnen.

Ökoabgaben sind nicht nur ein Instrument, um die Ressourceneffizienz zu erhöhen. Sie setzen auch die richtigen Anreize, um über neue Organisations- und Siedlungsstrukturen nachzudenken. Wenn der Tante-Emma-Laden wieder um die Ecke liegt, ist das nicht nur ökologisch, sondern auch ein Vorteil für viele ältere Menschen oder ganz allgemein Menschen ohne Auto. In Zukunft wird sich die Frage immer schwerer beantworten lassen, wie viele Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft geschaffen wurden. Nachhaltiges Wirtschaften betrifft eben nicht nur Umwelttechniken im klassischen Sinne. Es ist vielmehr ein ökologischer Strukturwandel, der sich durch alle Lebens- und Produktionsbereiche hindurchziehen muß.

Fraktionen setzten Schwerpunkte bei Beratung des Haushalts 1998 in 2. Lesung:

Warnung vor Schwarzmalerei der Entwicklung im Land NRW

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche die Einzelpläne des Haushaltsgesetzes 1998 in zweiter Lesung beraten. Der Etatentwurf sieht Gesamtausgaben von 89,5 Milliarden Mark vor. Das sind knapp ein Prozent mehr als im laufenden Jahr. An neuen Krediten hat Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) für das nächste Jahr 7,3 Milliarden Mark eingeplant. Zu Beginn der zweiten Lesung griff die CDU-Opposition Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) an. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Laurenz Meyer, nannte den Einzelplan des Wirtschaftsministers eine Katastrophe für die Arbeitnehmer und das Land. Der SPD-Wirtschaftsexperte Bodo Hombach führte die chaotische Finanzpolitik in Bonn an. Die GRÜNE-Wirtschaftsexpertin Alexandra Landsberg erhob die Forderung, daß die NRW-Industrie Vorreiterin für ökologische Innovationen werde. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement betonte, er sei stolz darauf, daß NRW als einziges unter den westlichen Bundesländern einen klaren, realen Zuwachs an Ausbildungsplätzen habe. Der Haushaltsentwurf wurde in 2. Lesung mit der Koalitionsmehrheit von SPD und GRÜNEN zugestimmt. Die Berichterstattung wird fortgesetzt.

Laurenz Meyer (CDU) stellte die Frage, wie dieser Wirtschaftshaushalt zu der Schwerpunktsetzung des Landes passe, die man für neue Arbeitsplätze brauche. Hier gelte es, Wort und Wirklichkeit der Dinge zu messen, die 1996/97 immer wieder vorgetragen worden seien, insbesondere Themen wie Mittelstandsförderung, Existenzgründungen, Ausbildung, Risikokapital. In all diesen Punkten seien im Haushaltsplan die Ansätze gegenüber dem Vorjahr sogar noch gekürzt worden. Meyer führte aus, der Haushalt 1998 werde noch stärker als die vergangenen Haushalte von der EU-Förderung und von Bundesmitteln leben. Ferner sagte er: „Wir wollen gemeinsam mit Ihnen dafür kämpfen, daß es in Nordrhein-Westfalen keine Kürzung der regionalen Wirtschaftsförderungsmittel gibt, wie es beabsichtigt ist. Das ist unsere klare Forderung nach Bonn in der jetzigen Situation.“ Der Sprecher wies indessen darauf hin, daß die Arbeitslosenquote in NRW mit 11,4 Prozent um 1,3 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder liege. 37,4 Prozent der Arbeitslosen in NRW seien bereits länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Bodo Hombach (SPD) sagte, die wirtschaftliche Entwicklung sei dadurch gekennzeichnet, daß man in Bonn insgesamt 134 Milliarden Mark Steuererhöhungen gehabt habe, von denen 84 Milliarden Mark Steuerenkungen abgingen. Der Bund habe also seit 1990 seine Steuereinnahmen um 50 Milliarden Mark erhöht. In die Bundeskasse seien jedoch 69 Milliarden Mark mehr Steuereinnahmen geflossen, aber die Län-



Zukunft von Handwerk, Mittelstand, Industrie: v.l. Laurenz Meyer (CDU), Bodo Hombach (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

der hätten Mindereinnahmen von 14 Milliarden Mark und die Städte und Gemeinden Mindereinnahmen von fünf Milliarden Mark. Der Bund habe sich an der Mineralölsteuer, am Solidarzuschlag, an der Versicherungssteuer und an der Tabaksteuer bedient, und er beteilige die Länder und Gemeinden zu 65 Prozent an den Steuerausfällen. Das sei die Realität.

Alexandra Landsberg (GRÜNE) erklärte zu der von der CDU kritisierten Gründungs-offensive, NRW sei das einzige Bundesland mit einem positiven Gründungssaldo. Die Gründungs-offensive NRW habe einen entscheidenden Bereich, nämlich die Förderung der Existenzgründung von Frauen. Dies sei nicht zuletzt ein Erfolg der Wirtschaftspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich von Anfang an im Koalitionsvertrag massiv dafür eingesetzt hätten, daß Frauen ein wesentlicher Schwerpunkt der Gründungs-offensive sein sollten. 1997 sei auch das Jahr der Konsolidierung der NRW-Großunternehmen gewesen. Die GRÜNEN träten dafür ein, daß die NRW-Großindustrie, Chemie, Elektro und Maschinenbau auch in Zukunft gute Produktionsbedingungen in diesem Lande vorfänden. Allerdings sei eine Industrie, die auf dem ökologischen Auge blind sei, in naher Zukunft in NRW nicht mehr wettbewerbsfähig. Frau Landsberg nannte Öko-abgaben einen wichtigen marktwirtschaftlichen Anreiz für eine stärkere Orientierung auf ökologische Innovationen. Dem Wirtschaftsminister hielt sie vor, die Sturheit, mit der er Beschlüsse auch der SPD zur Ausbildungsplatzumlage ignoriere, lasse vermuten, daß er auf dem sozialen Auge blind sei.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) gestand ein, er sei verliebt in nordrhein-westfälische Unternehmen, die weltweit eine Rolle spielten. Ohne solche international agierenden Unternehmen hätten auch kleine und mittlere Unternehmen im Land auf Dauer keine Chance. Zur Ausbildungssituation sagte er, in NRW fehlten 655 Ausbildungsplätze. Rechnerisch. Und es seien einige hundert Ausbildungsplätze mehr als 655 offen. Er bat die Jugendlichen, jede mögliche Chance zur Ausbildung wahrzunehmen. Man werde ihn nicht davon abhalten können, durch die Unternehmen des Landes zu ziehen und für Ausbildungsplätze zu werben. Zu den Bestandszahlen der Investitionen in NRW sagte der Minister, aus ihnen (1995) werde ersichtlich, daß NRW auf sich mehr Direktinvestitionen vereinigen können als Bayern und Baden-Württemberg zusammen. Clement stellte

fest, man habe in NRW die beste Ausbildungsplatzentwicklung, die beste Gründungsentwicklung und man sei Spitze in den wichtigsten Technologiefeldern.

Laurenz Meyer (CDU) wandte sich in einem weiteren Beitrag kritisch an den Minister, was das Lehrstellenangebot angehe, „stehen Sie ganz unten“. Obwohl die Beiträge geringfügig stiegen, seien — anders als in anderen Ländern — trotzdem noch viele junge Leute unversorgt. Man habe in Bayern und Baden-Württemberg Überschüsse an Lehrstellen, „und bei uns haben wir zu wenig“. Das sei der einfache Unterschied.

Bodo Hombach (SPD) wies auf die positiven Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Ausbildungskonsens hin und hielt der Opposition vor, sie merke nicht, daß ihr Appell an Handwerk und Mittelstand just zu nichts gemacht werde durch eine abstrakte Forderung, die völlig ignoriere, daß Handwerk, Gewerkschaft und Politik in den letzten zwei Jahren in NRW mit dem Ausbildungskonsens etwas Vorbildliches erzielt hätten, mit Ergebnissen, die wirkliche Probleme lösten.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) griff die Äußerung des Wirtschaftsministers, man sei in NRW weltweit Spitze, kritisch auf. „Was nützt es uns, wenn Großunternehmen weltweit Spitze sind, aber in Deutschland Arbeitsplätze abbauen.“ Die Hoffnung darauf, über Großunternehmen wirklich Arbeitsplätze schaffen zu können, sei noch nie gerechtfertigt gewesen. Auch der Hinweis darauf, hier gebe es die beste Ausbildungsplatzentwicklung, sei natürlich, „weil wir von einem so geringen Niveau ausgehen“, völlig irreführend. Man habe in NRW ein gravierendes Ausbildungsplatzproblem. Der SPD-Parteitag habe dankenswerterweise in großer Klarheit beschlossen, daß man eine Ausbildungsplatzumlage brauche.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) sagte zu dem von der Opposition mehrfach angeführten Vergleich mit den beiden Südländern, Bayern und Baden-Württemberg seien zur Zeit wirtschaftsstrukturell selbstverständlich in einer besseren Situation als NRW. Man habe eine nachindustrielle Phase, die außerordentlich schwierig sei, und die er nicht zu beschreiben brauche. „Aufgrund dessen haben wir schwierigere Daten als Bayern sowohl am Arbeitsmarkt als auch am Ausbildungsmarkt“, betonte der Minister. Selbstverständlich sei es Aufgabe, die Daten so zu

verbessern, daß man nicht nur mit Bayern verglichen werden könne, sondern besser werde.

Laurenz Meyer (CDU) ergriff erneut das Wort. Er unterstrich, die CDU-Fraktion sei der Meinung, daß sich die Entscheidung zu Garzweiler zu einem Symbol für die Haltung des Landes NRW zu Industriearbeitsplätzen schlechthin entwickelt habe.

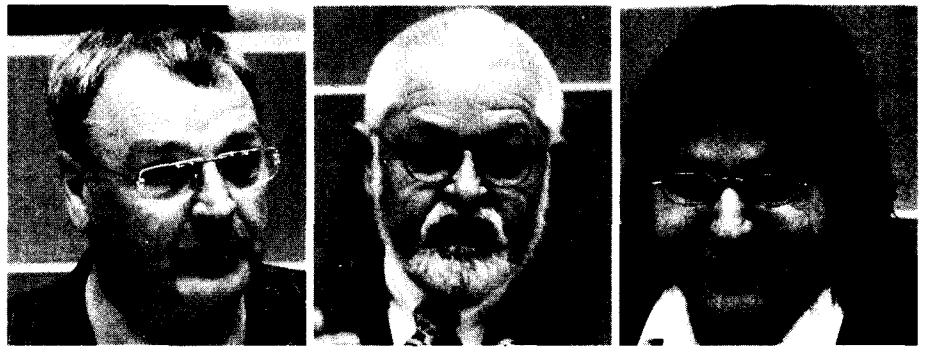
Investitionen für Verkehr sichern Arbeitsplätze

Beim Komplex „Verkehr“ im Haushalt des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, meinte die CDU, Verkehrsförderung in NRW finde im wesentlichen nur noch durch Bundesmittel statt. Ganz anders die SPD: Mit der Verkehrspolitik des Landes leiste man einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes NRW.

Günter Langen (CDU) erklärte, man gebe einen Teil der Straßen dem Verfall preis. Heute würden in NRW 16 000 Personen in der Bauindustrie und im Straßenbau beschäftigt. In den 70er Jahren seien es 40 000 Beschäftigte gewesen. Unter den Bundesländern sei NRW mit Aufwendungen von 45 Pfennig je qm Straße Schlußlicht. Die CDU-Fraktion beantrage deshalb, bei Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen den Ansatz von 55 Millionen um 60 Millionen auf 115 Millionen Mark, beim Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Millionen Mark Gesamtkosten je Maßnahme den Ansatz von 41 Millionen um 40 Millionen auf 81 Millionen Mark und bei Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans den Ansatz von 130 Millionen um 70 Millionen auf 200 Millionen Mark aufzustocken. Bei der letzten Position gehe es insbesondere um Ortsumgehungen, die in erster Linie der Verkehrs- und Lärmberuhigung dienen.

Heinz Hunger (SPD) betonte: „Wir leisten mit dem Verkehrshaushalt für das Jahr 1998 trotz der allen bekannten Notwendigkeiten zum Sparen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Gerade die Investitionen im Verkehrsbereich, sei es der Straßenneubau, seien es kleinere Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau, sei es der Radwegbau, sei es der Startbahnbau, helfen der Bauwirtschaft und den Menschen, indem sie Arbeitsplätze sichern oder sogar neue schaffen. Die Investitionsausgaben im Verkehrshaushalt des Wirtschaftsministeriums betragen rund 1,55 Milliarden Mark. Hunger forderte den Kollegen Langen auf, das einmal mit Bayern und Baden-Württemberg zu vergleichen. Damit leiste man einen deutlichen Beitrag zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.“

Peter Eichenseher (GRÜNE) hielt dem CDU-Sprecher vor, er mache es sich zu einfach, mit seinen Anträgen einfach alle Titel im Verkehrsbereich aufzustocken, manche sogar um 100 Prozent oder mehr, ohne aufzuzeigen, woher das Geld kommen solle. Das, was er angeboten habe, sei nicht seriös. Denn klar sei doch: Wenn die Einnahmen dramatisch sanken, könne man nicht



Dichtes Netz von Landes- und Bundesstraßen: v. l. Günter Langen (CDU), Heinz Hunger (SPD) und Peter Eichenseher (GRÜNE).
Fotos: Schälte

die Ausgaben drastisch ansteigen lassen. Für seine Fraktion sei die Verknüpfung zwischen Arbeitsmarkt und ökologischer Verkehrspolitik schon seit Jahren einer der wichtigsten Schwerpunkte. Man habe Instrumente entwickelt, um aus den Sackgasen der traditionellen Wirtschafts- und Verkehrspolitik herauszukommen. Eichenseher verhehle nicht, daß man einigen Ansätzen kritisch gegenüberstehe. So sei zum Beispiel das Programm „Sicherheit und Service im ÖPNV“ ein staatliches Beschäftigungsprogramm traditionellster Prägung.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) führte an, es gebe keine Region in ganz Europa, „die ein derart dichtes Autobahnnetz hat wie wir“. Dieses Autobahnnetz habe natürlich seine Grenzen erreicht. Hier gehe es nicht mehr darum, im Autobahnbereich etwas zuzubauen. Es gehe um letzte Lückenschlüsse. Ansonsten müsse dieses Autobahnnetz optimiert werden. Im Grunde gelte das, was die Dichte angehe, genauso für das Landesstraßennetz. Es gebe kein dichteres Landesstraßennetz. „Ich glaube, wir sind hier ziemlich dicht asphaltiert“, sagte Clement und folgte: „Es hat keinen Zweck, daß wir uns etwas vormachen: Auch da sind wir an Grenzen.“ Worum es im Straßenbau gehe, sei, in besonders belasteten Ortschaften Ortsumgehungen zu bauen, und zwar da, wo es wirklich unerträglich werde. „Das ist unsere Aufgabe.“ Es gehe nicht um den Neubau von Straßen.

Arbeit, Gesundheit, Soziales

Den Haushalt des Landesarbeitsministeriums (Einzelplan 07) diskutierten die Abgeordneten zum Teil sehr kontrovers in den drei Unterpunkten Arbeit, Gesundheit und Soziales, Kinder, Jugend und Familie sowie Migration. Zwei Änderungsanträge der CDU (Drs. 12/2673, Erhöhung der Mittel zur Förderung der sozialen Eingliederung von Zuwanderern, sowie Drs. 12/2674, Kürzung der Förderung von sogenannten Fixerstuben auf Null) wurden abgelehnt. Der Etat wurde mit den Stimmen der Koalition und gegen das Votum der Opposition angenommen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) qualifizierte den Etat als „erschütterndes Dokument falscher Weichenstellung und des politischen Versagens“ des Arbeitsministers. Die Landesregierung versage dabei, arbeitslosen Menschen zu helfen, wieder in Arbeit zu kommen, sie stelle zu wenig Mittel für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit junger Menschen bereit (nur die Hälfte dessen, was nötig wäre), sie kürze das Geld gegen

den Investitionsstau bei den Krankenhäusern, sie trage nichts zur Klärung neuer Standorte im Maßregelvollzug und stecke Geld statt in die Drogenprävention, lieber in Fixerstuben, was eine „drogenpolitische Weichenstellung allerschlimmster Art“ sei, die weitere Kreise ziehe und zur Forderung führen werde, Rauschgift vom Staat zu erhalten. Das erweitere nur die Zahl der Drogenabhängigen, anstatt zu reduzieren.

Wolfram Kuschke (SPD) umschrieb den Düsseldorf (im Unterschied zum Bonner) Kurs so: „Wir Sozialdemokraten arbeiten weiter für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit, für Offenheit und Toleranz in unserem Land. Sozialpolitik ist bei uns kein Anhängsel, kein notwendiges Übel, sondern Fundament unserer Politik.“ Aber Landespolitik allein könne wenig ausrichten, denn vor allem bundespolitische Entscheidungen prägten derzeit die soziale Lage. Im Lande wolle man im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorankommen, das Land sei in der Ausbildung aktiv, sei eine Erhöhung der Investitionsmittel für Krankenhäuser bemüht und verfolge eine Drogenpolitik, die den Schutzgedanken in den Vordergrund stelle. Kuschke schloß mit der Forderung nach einem neuen sozialen Konsens.

Daniel Kreutz (GRÜNE) nannte eine ganze Reihe von Projekten, die trotz schwieriger Haushaltslage gefördert werden und merkte kritisch an, bei einigen sei es nur gelungen, die erforderliche Kürzung in Grenzen zu halten. Er erwähnte die neue Initiative für langzeitarbeitslose Jugendliche (acht Millionen zusätzlich), die der Devise „Angebote statt Sanktionen“ folge; hier richte die CDU ihr Interesse darauf, „wie man die Leute mit Androhung von Kürzungen oder Streichungen der Sozialhilfe terrorisieren könnte“. Er lobte, daß die Altenpflegerausbildung auf dem im Lande erreichten, bundesweit beispiellosen Niveau unvermindert fortgeführt werden könne. Wenn die CDU demonstrativ auf eigene perspektivische Anträge zum Haushalt verzichte, dann zeige sie damit, daß sie an der Situation der strukturellen Gewalt nichts ändern könne, die mit Hilfe staatlicher Gesetze derzeit gegen die Schwachen ausgeübt werde.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) erklärte, auch in diesem Jahr habe man im Land mit dem Etat Einschnitte ins soziale Netz vermeiden können; damit sei man eine Alternative zu den sattsam bekannten Bonner Politikmustern. Der Minister kritisierte die Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit, die diese zur „Verwahrnastalt für Arbeitslosigkeit“ verkommen ließen und die

unmittelbare Auswirkungen auf das Land hätten. Zur Gesundheitspolitik sagte er: „Was der Schwarze Freitag für die Wirtschaft ist, das ist der schwarze Seehofer für das Gesundheitswesen in Deutschland.“ In der Drogenpolitik helfe ideologiebeladenes Wunschdenken nicht weiter. Er wies deutlich den Vorwurf zurück, die Landesregierung helfe beim Konsum von Drogen, sie betreue Drogenkranke gesundheitlich.

Kinder, Jugend und Familie

Antonius Rüsenberg (CDU) stellte die strittigen politischen Ziele in der Jugend- und Familienpolitik in den Vordergrund. Es fehle eine deutliche Herausstellung der Bedeutung von Ehe und Familie, die unter dem besonderen Schutz des Landes stünden. Bei anderen Lebensformen könne man in Einzelfällen durchaus helfen, aber man dürfe nicht den Eindruck erwecken, gleichgeschlechtliche Lebensformen seien „das Normale in der Gesellschaft, und Ehe und

Arm/hält es sicher, hält es warm/wer gibt ihm aus Herzensfülle/bei Kummer eine warme Hülle/Wer lehrt es für das Leben lernen/bastelt mit ihm Adventsstern/Wer schlichtet manchen Kinderstreit/Sagt mir, wer hat die Zeit/Was glaubt Ihr denn damit zu sparen/haltet Euch nicht selbst zum Narren/Ihr schickt die Leut für ein zwei Jahr/zum Arbeitsamt, zum Jagoda/Nach dieser Zeit, und das ist wahr/ sind sie alle wieder da/Dann stehen die Erziehermassen/vor den kommunalen Kassen/Sagt mir, wo ist da die Logik/Bleibt bei der bewährten Pädagogik!“

Minister Dr. Axel Horstmann (SPD) hielt es erst dann für sinnvoll, den Wert der Familie ethisch und moralisch so hochzuhalten wie geschehen, „wenn das auch materiell gefüllt werden könnte. Es wird nicht materiell gefüllt“, stellte er unter Hinweis auf die steigende Zahl von Kindern und Jugendlichen fest, die Opfer problematischer sozialpolitischer Entwicklungen würden. Der Minister rückte die Relationen zurecht: Förderung gleichgeschlechtlicher Lebensformen 1,6 Millio-

nen, Familienhilfen insgesamt 100 Millionen und Aufwendungen für Kindertageseinrichtungen 1,6 Milliarden.

nen, „aber ich bin überzeugt, daß die öffentliche Haltung und Einstellung von immenser Bedeutung ist“. Er rief dazu auf, im bevorstehenden Bundestagswahlkampf auf Stimmungsmache gegenüber den Mitbürgern ausländischer Herkunft zu verzichten.

Georg Gregull (CDU) warf Landesregierung und Koalition vor, mit den beabsichtigten Kürzungen gefährdeten sie die Strukturen der Vertriebenenverbände, Schülerwettbewerbe, die Arbeit des Landesbeirats und die Patenschaften. Das sei ein „Schlag ins Gesicht der Vertriebenen, die sich aktiv für Verständigung und Freundschaft einsetzen und eingesetzt haben“.

Minister Dr. Axel Horstmann (SPD) versicherte dagegen zu den Kürzungen: „Niemand wird über Gebühr in Anspruch genommen.“ Die Einsparungen würden sorgfältig erörtert. Ohnehin gebe es den Bedarf, darüber zu reden, „wie sich Vertriebenenkulturarbeit weiterentwickeln soll“. Er hielt der Union ihre widersprüchliche Haltung in der Staatsbürgerschaftsfrage vor: Integration allein sei nicht per Verwaltungsakt zu ha-



ben, „aber ich bin überzeugt, daß die öffentliche Haltung und Einstellung von immenser Bedeutung ist“. Er rief dazu auf, im bevorstehenden Bundestagswahlkampf auf Stimmungsmache gegenüber den Mitbürgern ausländischer Herkunft zu verzichten.

Bernd Flessenkemper (SPD) fand wichtig, daß für den Politikbereich im kommenden Jahr — in gleicher Höhe wie in diesem Jahr — insgesamt etwa 2,5 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden. Kürzungen in dramatischer Höhe seien nicht erfolgt, man habe sogar hier und da etwas draufsatteln können. Im Landesjugendplan würden für Kinder und Jugendliche mit 200 Millionen mehr zur Verfügung gestellt „als der Bund für alle Bundesländer zusammen“. Dem Abbau, den Einsparungen und Kürzungen in Bonn „steht in NRW eine verlässliche, sozial ausgewogene und vor allem gerechte Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gegenüber“.

Ute Koczy (GRÜNE) trug zum Thema Kindertageseinrichtungen ein in die Zeit passendes Gedicht vor: „Gott zum Gruße, Fräulein Ute/und hört mich an für eine Minute/Seht her, ich bin der Nikolaus/und sehe nicht sehr glücklich aus/Von ferne hört ich eine Mär/zu glauben fällt mir diese schwer/In Anbetracht der knappen Kassen/ habt Ihr Euch etwas einfallen lassen/Von vielen Eltern muß ich erfahren/im Kindergarten wollt Ihr sparen/Erst hielt ich es für einen Scherz/doch bricht es mir nun fast das Herz/Erziehen wollt Ihr auf die Schnelle/kürzen jede vierte Stelle/Ihr macht sie damit arbeitslos/die Not wird dadurch riesengroß/Ich den, ich kann es hier mal wagen/über Folgen nachzufragen/Wer betreut denn dann das Kind/wenn die Stellen gestrichen sind/Wer putzt ihm seine Schnupfenase/ führt es sicher über die Straße/wer nimmt das Kind mal in den

nen, Familienhilfen insgesamt 100 Millionen und Aufwendungen für Kindertageseinrichtungen 1,6 Milliarden.

Migration

Oliver Wittke (CDU) bekräftigte die Warnung der CDU, Aussiedler und Ausländer in einen „Pott“ zu werfen, wie das mit der Gründung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten geschehen sei: Jetzt benutze die Koalition die Mittel für Aussiedler als „Steinbruch für andere Politikbereiche“. Mit dem Etat würden Verwaltung und Bürokratie aufgebläht, konkrete Mittel für Hilfen vor Ort würden dagegen nicht aufgestockt. Auch die wirklichen Probleme im Migrations- und Ausländerbereich würden nicht angepackt.

Vera Dedanwala (SPD) ging näher auf das Landeszentrum für Zuwanderung ein, das Anfang kommenden Jahres in Solingen seine Arbeit aufnimmt — „dies wird eine ganz neue Dimension, was Landespolitik in Migrationsfragen betrifft, eröffnen“. Es sei eine Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis und beziehe alle Gruppen der Aussiedler ein, „denn auch Aussiedler sind Zuwanderer in unserem Land“.

Christiane Bainski (GRÜNE) fand kein Verständnis für die von der Union verlangte Differenzierung zwischen Aussiedlern und anderen Migranten. Der Bonner Regierung hielt sie vor, die Probleme der Aussiedler bei der Integration durch Mittelkürzungen und

Die Politik im Kampf gegen Drogen, die Hilfen für Familien und der richtige Weg bei der Integration ausländischer Mitbürger waren zwischen den Fraktionen und der Regierung besonders umstritten (v.l.): Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Daniel Kreutz und Ute Koczy (beide GRÜNE) sowie Landesminister Dr. Axel Horstmann (SPD). Fotos: Schälte

Oliver Wittke (CDU) hielt dem Minister vor, er habe auf konkrete Fragen nicht geantwortet, sondern nur „heiße Luft“ verbreitet und damit den Nachweis des integrationspolitischen Versagens der Landesregierung und der Koalition geliefert. Darauf reagierte Minister Horstmann mit der Warnung, aus der Migrationspolitik „ein Kasperletheater“ zu machen; das schade allen.

Innenminister: Kompetenz der Polizei stärken

Innenminister: Kompetenz der Polizei stärken

Der Einzelplan 03 — Innenministerium — wurde nach kontroverser Aussprache über die weitere Kostenerstattung für Flüchtlinge und Asylbewerber, über das Bonner Gesetz zum Abhören von Kriminellen und über weitere Themen der inneren Sicherheit gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Heinz Paus (CDU) beschwerte sich über die Zumutung der diesjährigen Haushaltsberatungen durch die Ergänzungsvorlage, vom Staatssekretär nicht beantwortete Fragen und blinde Zustimmung der Mehrheit. Vom Haushaltsrecht des Parlaments halte diese nichts. Nennenswert sei nur das Signal der SPD, den Ansatz für EDV-Ausstattung der Polizei um 7,5 Millionen zu erhöhen. Die GRÜNEN schluckten alles, wenn sie zusätzlich 100 000 Mark zur Bekämpfung antischwuler Gewalt bekämen, eine völlig überflüssige Position. Ende 1996 seien solche Steuergelder in einer Plakataktion schlicht verplumpert worden. Die CDU lehne den Einzelplan-Entwurf wegen völlig unakzeptabler Kostenerstattung für Asylbewerber ab, die im Schnitt nicht vier, sondern 24 Monate

dem Rücken der gut ausgebildeten Polizei dürften nicht soziale Mißstände ausgetragen werden, etwa beim „Wegräumen“ von Obdachlosen und Drogenopfern aus Städten und Konsumtempeln. Anlaufstellen wie in Bonn seien das richtige Angebot. Der Polizei dürfe auch nicht zugemutet werden, politische Konflikte wie bei unnötigen Castor-Transporten austragen zu müssen. Bei der Aktion „Liebe verdient Respekt“ gegen antischwule Gewalt habe sich die NRW-Polizei sehr erfolgreich auf völlig neues Terrain gewagt. Bei den Haushaltsmitteln für interkulturelle Kompetenz hoffe er auf ähnlichen Erfolg.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) verteidigte die Landesregierung, an deren Votum im Bundesrat das Abhören Kriminel-

sondern Bürger wollten nicht angepöbelt und aggressiv angebettelt werden. Es dürfe kein Vorrecht für Randgruppen geben.

Roland Appel (GRÜNE) wies auf die Aktion von Bürgerrechtsorganisationen am Flughafen gegen das unmenschliche Abschieben und jahrelanges Schleifenlassen des Asylrechts hin, so daß sich jetzt mehrere 100 000 Menschen illegal in Deutschland und der EU aufhielten. Sie würden durch den illegalen Status Opfer von Kriminellen. Für wirklich Verfolgte gebe es kein Asyl mehr. Die GRÜNEN hätten sich mit Fortsetzung der Kostenerstattung nicht durchsetzen können. In NRW werde den Gemeinden die Differenz von 108 Millionen Mark nicht genommen. Im nächsten Jahr werde für viele traumatisierte Opfer und Einzelschicksale gekämpft werden müssen. Über die Absicherung von 2 700 Kontingent-Flüchtlingen sei er froh. Beim Staatsbürgerschaftsrecht solle sich die SPD eine wirkliche Abkehr von der Abstammung überlegen. Beim Ombudsman für die Polizei gehe es um Verhalten unterhalb des Strafrechts.



Das Auslaufen der Landeserstattung von Kosten der Gemeinden für Bürgerkriegsflüchtlinge wurde von allen Rednern bedauert, v.l. Heinz Paus (CDU), Jürgen Jentsch (SPD), Roland Appel (GRÜNE), Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD).

in NRW blieben. Die Kommunen müßten 20 Monate aus eigenen Mitteln finanzieren. Auch das Auslaufen der Kostenerstattung für Bosnien-Flüchtlinge könne nicht zugemutet werden. Der Minister gebe bei den Wählern kernige Sprüche zur inneren Sicherheit ab und kusche dann im Bundesrat. Die Mafiabosse rieben sich die Hände. Das von der SPD beantragte Diskriminierungsverbot im Polizeigesetz sei eine schallende Ohrfeige für alle Polizeibeamten.

Jürgen Jentsch (SPD) verteidigte die Haushaltskürzungen mit dem Hinweis auf die katastrophalen Steuermindereinnahmen und hielt die Aufstockung für EDV-Technik bei Polizeibehörden auf 46 Millionen Mark mit Zustimmung aller Fraktionen für erfreulich. Vom Titel für Gewalt-Prävention stünden auch bis zu 200 000 Mark zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Polizei zur Verfügung. Vom Auslaufen der Kostenerstattung für Bürgerkriegsflüchtlinge seien die Kommunen enttäuscht. Die primäre Zuständigkeit liege beim Bund. Die CDU schlage Kostenerstattung für abgelehnte Asylbewerber bis 23 Monate vor ohne Deckungsvorschlag für 220 Millionen Mark. Um das Sicherheitsgefühl vor Ort zu stärken, engagiere sich die SPD für Ordnungspartnerschaften und Zivilcourage. Sie trete auch für die erleichterte Einbürgerung bei in Deutschland geborenen Kindern von Ausländern und bei Ermessenseinbürgerung für einen rechtmäßigen fünfjährigen Aufenthalt mit bestimmten sozialen Bedingungen ein.

Roland Appel (GRÜNE) sah wesentliche Aufgaben vom Rotstift bedroht bei katastrophaler Steuerpolitik in Bonn. Wichtige Verbesserungen seien der Landesregierung dennoch gelungen. Die Datenschutzbeauftragte erhalte mehr Geld für Veröffentlichungen, was beim Verhältnis zum Verfassungsschutz von 1 : 11 aber nicht ausreiche. Auf

ler nicht gescheitert sei, und erwähnte eine sehr bemerkenswerte Debatte beim SPD-Parteitag über Beichtgeheimnis und Schweigepflicht für Anwälte und Ärzte bei akustischer Beweissicherung. Das Diskriminierungsverbot im Polizeigesetz sei ein Fehler gewesen, räumte er ein und wünschte sich eine moralische Instanz für Übergriffe. Die Drei-Jahres-Frist bei der Kostenerstattung für Bürgerkriegsflüchtlinge habe das Verfassungsgericht ebenso wenig beanstandet wie die Höhe der Beträge, sondern nur Ungleichbehandlung. Wenn die CDU Mittel für mehr als drei Jahre beantrage, seien das 323 Millionen Mark für alle Gruppen sowie ein Prozeßrisiko bis zu über 800 Millionen. Bei vielen der deutlich mehr als 100 000 abgelehnten Asylbewerber habe sich durch kommunale Behörden der Aufenthaltsstatus geändert. Große Belastung gebe es durch Jugoslawien-Flüchtlinge. Wegen des von Kinkel mies ausgehandelten Abkommens seien von insgesamt 150 000 in NRW nur 690 zurückgeführt worden. Diese seien die tatsächliche Last, nicht Menschen aus Nigeria, Sri Lanka, Afghanistan. Der eigene Staat weigere sich, seine Bürger zurückzunehmen. Dafür gebe es kein Landesgeld.

Heinz Paus (CDU) kündigte aufgrund der Rede von Jentsch einen Gesetzentwurf an, denn über weitere Kostenerstattung für bosnische Flüchtlinge sei man sich einig gewesen. Zwischen Bund und Land sei das Thema beim föderalen Konsolidierungskonzept abgehandelt worden. Vor dem Ombudsman bei der Polizei warnte Paus, denn Menschenrechtsverletzungen würden auch Ausländer und Sozialämtern vorgeworfen. Es gebe kein Bedürfnis für zusätzliche Institutionen, vielmehr seien die traditionellen Aufgaben der Polizei und Justiz zuzuweisen. Bei Ordnungspartnerschaft gehe es nicht um Vertreiben von Randgruppen aus den Städten,

Innenminister Kniola (SPD) hielt eine Zweidrittelmehrheit für die akustische Beweissicherung in Bundestag und Bundesrat für sicher und teilte mit, die Zahl der abgelehnten Asylbewerber sei deutlich geringer, als vom Städte- und Gemeindebund gesagt. Bei der Kostenregelung Bund/Land sei hinzuzufügen, daß das Land über die Höhe seiner Einnahmen nicht selbst bestimmen könne.

Justizminister: Im Vollzug Entlastung gefordert

Beim Einzelplan 04 — Justizministerium — sprach die CDU-Rednerin über unhaltbare Zustände im überfüllten Strafvollzug mit gefährlichen und schwierigeren Tätern an, während SPD, GRÜNE und der Minister eine deutliche Steigerung der Haushaltsansätze für Personal und Investitionen vermerkten.

Maria Theresia Opladen (CDU) sprach die Entlassung von drei Mördern aus der Haft wegen Überschreitung der zulässigen Haftdauer und die öffentliche Empörung darüber an. Wenn auch noch der Justizsprecher erkläre, die Justiz hoffe, daß die Täter sich dem Prozeß stellten, sei das Ansehen des Rechtsstaats in Frage gestellt. Der Justizminister trage die Verantwortung, auch für übergroße Arbeitsbelastung der Gerichte. Spektakulär seien auch die mögliche Ansteckung mit offener Tuberkulose in der Abschiebehaf in Neuss und die Überfüllung der Anstalten. Die Situation der Rechtspflege in NRW sei kritisch. Neue Aufgaben würden der Justiz durch Zunahme der Zivil- und Verwaltungsverfahren. Hoffnungslos überfüllte Gefängnisse, zunehmend schwierige Klientel und überfüllte Anstalten seien Anlaß für einen höheren Haushaltswert dieses Ressorts und der Rechtspolitik. 18 000 Strafgefangene säßen zum Teil langfristige Strafen wegen schwerer Delikte ab. Das Personal habe mit gefährlichen Tätern und organisierter Kriminalität zu tun. Zurückhaltung der Richter beim Verhängen von Freiheitsstrafen halte sie bei diesen Zuständen für verantwortungsvoll. Das Problem seien Inhaf-

tierte, die in höchstem Maß die Gesellschaft gefährdeten. Maßnahmen wie die elektronische Fußfessel stünden einer Kapitulation vor dem Verbrechen gleich. Vermeidung von Haftstrafe sei ein falsches Signal. Die CDU wünsche angesichts der dramatischen Lage eine gemeinsame Analyse mit Folgen für den Haushalt. Die Koalitionsfraktionen im Rechtsausschuß bügeln Argumente der Opposition ohne ernsthafte Befassung arrogant ab. „Justiz 2003“ für die EDV-Ausstattung der Justiz dauere viel zu lange. Daß die Justiz noch hohes Ansehen genieße, sei allen Bediensteten zu verdanken.

Robert Krumbein (SPD) vermißte Lösungsbeiträge und erwähnte Haushaltsansätze von 134 Millionen Mark Barmittel für modernste Technologie und weitere 200 als Verpflichtungsermächtigung. 25 Stellen des höheren, 50 des allgemeinen Vollzugsdienstes und zwei Millionen Mark Bargeld für therapeutische Maßnahmen bei Sexualstraf Tätern seien ein deutlicher Schritt voraus. Für Staatsanwälte sei die Wiederbesetzungssperre aufgehoben, in der Ausschlußberatung auch für Richter ab 1.7.1998. Das bringe 30 zusätzliche Richterstellen. Acht zusätzliche Richterstellen bei Finanzgerichten gebe es in der Haushaltsergänzung. Im Justizvollzug müsse Entlastung gesucht werden. Über alternative Sanktionen nachzudenken, sei kein Zurückweichen, sondern auch wirtschaftlicher. 186 Millionen Mark für die neue Vollzugsanstalt Gelsenkirchen seien ein ganz schöner Brocken. Straffälligenhilfe und Täter-Opfer-Ausgleich seien leicht angehoben worden. An 18 Gerichten gebe es Flexibilisierung und Budgetierung, 1998 sollten 33 hinzukommen.

Christiane Bainski (GRÜNE) erwartete vom Investitionsprogramm „Justiz 2003“ kürzere Bearbeitungszeiten und mehr Effektivität. Ein relativ dichtes Netz von Einrichtungen des Täter-Opfer-Ausgleichs aufzubauen, sei gelungen. Die elf Projekte kämpften um Akzeptanz für ein Instrumentarium, das Wiedergutmachung für Opfer von Straftaten ermögliche. Über die Zweijahresperspektive sei sie froh, ebenso über die Sicherung der Straffälligenhilfe. Die CDU arbeite in der Vollzugskommission nicht sehr intensiv mit. Nicht mehr vertretbar seien Zustände in einigen Anstalten wie eine Toilette für zehn Frauen. Auch für GRÜNE gebe es hier keine Denkverbote, und ein umfassendes Konzept sei beschlossen. Große gesundheitliche Probleme wie Ausbreitung von Hepatitis machten auch neue Lösungen bei der Medizinversorgung erforderlich. Für Therapien mit Sexualstraf Tätern solle es 1998 weitere Haushaltsmittel geben.

Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bedauerte, daß die Justiz nur bei Straftaten in öffentliches Licht gerate und gute Arbeit im Justizalltag nicht beachtet werde. Der Haushalt biete eine gute Grundlage, um das hohe Niveau zu wahren und die „Runderneuerung der Justiz“ voranzubringen. Es sei mit einer Steigerungsrate von 6,4 Prozent ein deutlicher Schwerpunkt zugunsten der Justiz gesetzt worden. Mehrausgaben seien vor allem für Investitionen veranschlagt, die 1998 444 Millionen Mark ausmachten, eine Steigerung um 146 Prozent, davon 124 für Kommunikationstechnik. Umsteuern sei spürbar. Für Mitarbeiter-Schulung sei ausreichend Zeit vorgesehen. Der Minister äußerte sich zuversichtlich, daß sie die große Aufgabe leisten und die Ziele erreichen würden, und kündigte neue Vorschläge für den Strafvollzug an.



Über deutlich höhere Ansätze für Personal und EDV freuten sich bei der Aussprache über den Justizhaushalt, v.l. Maria Theresia Opladen (CDU), Robert Krumbein (SPD), Christiane Bainski (GRÜNE), Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD).

Frauenpolitik: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Im Haushalt des Frauenministeriums wurden die Mittel für Mädchenhäuser und Selbstbehauptungskurse erhöht. Die Koalitionsrednerinnen äußerten sich stolz über Erreichtes. Der Einzelplan 11 wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die der CDU angenommen.

Regina van Dinther (CDU) beklagte das Beratungsverfahren, das nach den globalen Minderausgaben Abgeordnete nicht beteilige und durch neue Anträge der Koalition mehr neue Mittel als Einsparungen ergebe. Die Förderung sexueller Gewalt gegen Mädchen und Frauen gehe nur an autonome Frauengruppen. Die früher für Pluralität eintretende SPD mache einen Rückzieher. Auch ein weiterer großer Batzen für mißhandelte Kinder im Landesjugendplan werde den normalen Jugendverbänden weggenommen. Die ehrenamtlich tätigen Jugendlichen würden bestraft. Auch 1,2 Millionen Mark für Weiterbildung Ehrenamtlicher würden komplett gestrichen. Dem Landesfrauenrat, in dem 70 Frauenverbände organisiert seien, signalisiere man mit nur noch 40 000 Mark niedrige Wertschätzung und schließe eine 610-Mark-Schreibkraft aus. Andere Länder gäben wesentlich mehr. Im nächsten Jahr werde es viele frauenpolitische Themen geben. Erzieherinnen und Mütter würden sich sehr für Veränderungen interessieren. Vor allem gehe es der CDU aber um Mittel für Investitionen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Brigitte Speth (SPD) bemerkte ein Sammelsurium von Falschaussagen. Das Frauenministerium fördere in fast allen Bereichen ein plurales Angebot, etwa bei Mädchenhäusern ein kommunales, ein autonomes und eines der Arbeiterwohlfahrt. Notrufe würden nur von autonomen Frauen betrieben. Den einzigen Erhöhungsantrag der CDU mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit decken zu wollen, sei der Aufgabe der Bewußtseinsänderung nicht angemessen. Die Haushaltskürzungen seien durch dramatische Bonner Fehlscheidungen verursacht und wegen der Strategie, Städte kaputtzusparen, verwerflich. Trotzdem setze die Landesregierung Schwerpunkte: Frauenberatung, Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen und Berufsförderung. Die 7,3 Millionen Mark für Regionalstellen Frau und Beruf seien nicht gekürzt worden. Der Dienstleistungspool sei ein wichtiges Mittel, um Frauen aus Schwarzarbeit und sozial ungeschützter Beschäftigung herauszuführen. Leider müßten 3,6 Mil-

lionen Mark mehr für Gewalt gegen Frauen und Kinder ausgegeben werden.

Marianne Hürten (GRÜNE) sah in den Änderungen am Haushaltsentwurf den hohen Stellenwert der Frauenpolitik bei den GRÜNEN und einen Gewinn, allerdings auch Schadensbegrenzung. Nach ihrem Antrag vom November 1996 sei der Koalition von GRÜNEN Ratsfraktionen der dringende Handlungsbedarf bei der Unterstützung von jugendlichen Opfern sexualisierter Gewalt bestätigt worden. Deshalb werde der Ansatz für Mädchenhäuser wieder aufgestockt und das Angebot weiterentwickelt. Verdreifacht würden Mittel für Selbstbehauptungskurse. Wenn 14 Stellen mit einer von Sexualgewalt betroffenen Familie befaßt gewesen seien, gehe es auch um bessere Vernetzung. Ein klares Signal gebe es auch für die Notrufe als wichtige Aufgabe. Das Zeuginnenzimmer in Düsseldorf gehe auf den Notruf zurück. Autonome Frauengruppen zu fördern, verstoße nicht gegen Pluralität, sondern stelle diese erst her. Der CDU seien Opfer von Straftaten und besonders von sexueller Gewalt keine müde Mark wert. Alle Träger von Dienstleistungspools seien privat. Hürten sprach die Hoffnung aus, daß mühsam errungene Mittel nicht der globalen Minderausgabe zum Opfer fielen.

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, betonte, 1998 werde Frauenförderung auf hohem Niveau fortgesetzt, worauf NRW stolz sei. Bei sehr unterdurchschnittlichen Einkommen bei der Hälfte der Arbeitnehmerinnen müsse gegengesteuert werden. Die Regionalstellen leisteten hervorragende Arbeit und brächten Frauen bei Berufswahl, Wiedereinstieg und Existenzgründungen voran. Sie kooperierten sehr gut mit der Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung. Bei Gewalt-Bekämpfung sollten keine neuen Strukturen geschaffen, sondern nur vernetzt werden. Auch Jungen müßten neu lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen, und bräuchten neue Bilder von Männlichkeit, die Partnerschaft und Gleichberechtigung kombinierten. Der Landesfrauenrat sei gut versorgt worden, aber er müsse sich auch offensiv für die Frauen einsetzen. Existenzsicherung für Frauen und Abbau von Gewalt gegen Kinder seien ihr wichtig.

Bundes- und Europaangelegenheiten

Ilka Keller (CDU) verlangte eine gezielte und gestraffte Förderung der Euregio-Grenzgebiete, denn die verbuchten bisher zu wenig

Erfolg im grenzübergreifenden Kunden- und Warenverkehr: Hier seien für die Wirtschaftsstruktur des Landes einige Schätze zu heben. Kritik übte sie an der Praxis der kommunalen Entwicklungshilfe, die vom Land pro Kopf mit 50 Pfennig gefördert werde. Über diesen Betrag — er summiere sich schließlich auf neun Millionen im Lande — müßten Städte und Gemeinden keine Rechenschaft legen. Mit dieser richtlinienlosen Ausschüttung müsse Schluß sein; auch der Bund der Steuerzahler interessiere sich schon für die Angelegenheit, teilte sie mit.

Gabriele Sikora (SPD) lehnte die von der CDU verlangte Kürzung der Mittel für die Eu-



Einseitige Förderpolitik zugunsten autonomer Frauengruppen warf Regina van Dinther (CDU, l.) der Koalition vor; Brigitte Speth (SPD, 2. v. l.) und Marianne Hürten (GRÜNE, 3. v. l.) sahen erfreuliche Absicherung von Förderprojekten, und auch Frauenministerin Ilse Ridder-Mechers (SPD, r.) äußerte sich zufrieden mit dem Erreichten.

ropainitiative des Landes ab, mit dem das Ministerium den Diskussionsprozeß und die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen organisiere: Die geplante Osterweiterung, die Einführung des Euro und die Auseinandersetzung mit der „Agenda 2000“ ließen keine Einschränkung zu. Vor allem die Agenda lasse wegen ihrer „Agrarlastigkeit“ befürchten, daß die nationalen Mittel zur Förderung des Strukturwandels in industriellen Räumen reduziert werden müssen. Das würde vor allem bei Unternehmenskrisen die Handlungsfähigkeit der Länder einschränken.

Ute Koczny (GRÜNE) wies auf die wichtigen europapolitischen Themen hin, die im nächsten Jahr diskutiert werden müssen und über die die Bevölkerung zu informieren sei. Wenn die CDU da eine Kürzung verlange, dann habe sie nicht begriffen, um was es gehe. Die Union sollte substantieller diskutieren.

Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) stellte fest, in NRW gebe es eine deutlich breitere politische Diskussion über die europäische Integration als anderswo, aber das sei noch nicht genug. Auch sei zu fragen, ob mit dem schon erreichten Maß an europäischer Integration das Bewußtsein der Menschen Schritt halten könne, denn nur dann könne man Loyalität gegenüber den politischen Entwicklungen erwarten. Es reiche nicht aus, die Diskussion allein im Kreis von Experten zu führen, betonte er.

Ewald Groth (GRÜNE) verwarf sich gegen die Kritik an den Mitteln für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Sie unterstützten den Eine-Welt-Gedanken. — Der Etat wurde gegen die Stimmen der CDU angenommen.

zu beschließen, fand diesmal auf Initiative der Opposition eine Debatte statt. Auslösendes Moment war eine organisatorische Frage innerhalb der Landtagsverwaltung. — In der Schlußabstimmung wurde der Einzelplan 01 bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ruth Hieronymi (CDU) nannte als bei der Neuorganisation der Landtagsverwaltung übriggebliebenes zentrales Problem die Ansiedlung des Controllings: „Es ist, wie ich denke, leicht einsichtig, daß diese zentrale Aufgabe innerhalb der Landtagsverwaltung und nicht in der Stabsstelle des Präsidenten angesiedelt werden soll.“ Diese Forderung ihrer

Fraktion liege seit längerem auf dem Tisch, in den bisherigen Beratungen sei ihr allerdings nicht nachgekommen worden, darum könne die CDU dem Einzelplan 01 nicht zustimmen.

Birgit Fischer (SPD), parlamentarische Geschäftsführerin, warf der Union vor, sie produziere hier einen völlig unnötigen, sachlich durch nichts zu begründenden Konflikt. Eine solche Strategie erschwere den Reformprozeß und gehe zu Lasten der Beschäftigten. Es sei nun einmal so, daß „Entscheidungen über den Verwaltungsaufbau und den Verwaltungsablauf, Entscheidungen über den Einsatz des Personals der Präsident als Behördenleiter der Landtagsverwaltung trifft“ — und nicht die CDU-Fraktion oder das Parlament, wie sie hinzufügte. Der CDU gehe es nicht um Controlling, sondern darum, Personalpolitik in

der Landtagsverwaltung zu betreiben: Das gebe die Verfassung nicht her.

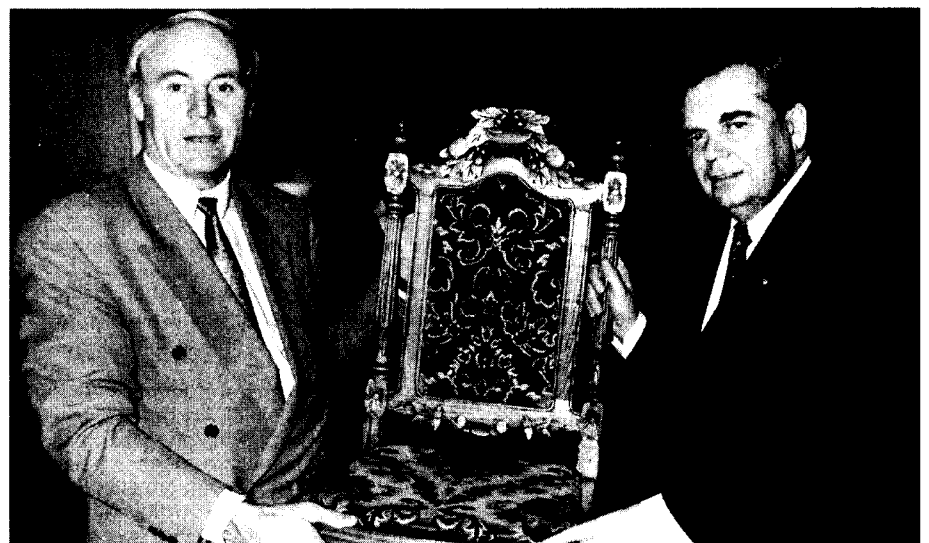
Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sah sich recht verwundert über die von der Opposition losgetretene Debatte: Hier gehe es um eine Sachfrage, die der Präsident zu treffen habe, die mit dem Haushalt überhaupt nichts zu tun habe. Die Debatte, die er für völlig falsch und unnötig halte, drohe dem Ansehen des Präsidenten zu schaden. Er frage sich zudem, ob diese Frage so wichtig sei, daß sich der gesamte Landtag damit beschäftigen müsse.

Lothar Hegemann (CDU) hielt der Mehrheit vor, sie setze das von einer Unternehmensberatungsfirma erstellte Gutachten zur Reform der Landtagsverwaltung nicht oder nur zögerlich um. Sie solle zur „Vernunft“ zurückkehren und nicht länger Hinhaltenaktik betreiben, denn „das, was originäre Landtagsangelegenheit ist, muß zwischen den Fraktionen geklärt werden“. Die Vollmachten des Präsidenten seien unbestritten.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, erinnerte daran, „daß dieser Präsident in der Kooperation so weit gegangen ist und so weit geht mit den Fraktionen, sollte man ihm nachträglich nicht zum Vorwurf machen, sondern das ehrt diesen Präsidenten“. Man tue gut daran zusammenzufinden, „und wir tun gut daran, in diesem Prozeß des Zusammenfindens dem Präsidenten zu überlassen, was ihm zugehörig ist.“ Es gebe Spielraum für Verständigung genug“. Aber mit solchen überflüssigen Debatten sollte man die Zukunft nicht verschütten.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, erklärte, seine Fraktion sei (wie viele in der SPD auch) mit der Umsetzung des Gutachtens und mit der zögerlichen Behandlung nicht zufrieden. Seit Monaten schon warte er — bisher vergebens — auf ein angekündigtes Gespräch, in dem die Fraktionsvorsitzenden den Versuch unternehmen wollen, „den Knoten wieder durchzuschlagen“. Wenn in einem Ministerium ein solches Gutachten so zögerlich behandelt würde, „dann wären längst alle Fraktionen auf den Barrikaden“.

(wird fortgesetzt)



Einen handgefertigten Stuhl hat der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Heinrich Kruse (CDU, l.) Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) überreicht. Kruse hat den Stuhl aus Estland mitgebracht, wo der Ausschuß bei seiner Reise durch die baltischen Staaten am 3. Juni in Oisu den ökologischen Musterbetrieb Maarandi besichtigt hatte. Dieser Musterhof ist ein landwirtschaftlicher und holzverarbeitender Familienbetrieb, der als NRW-Projekt gefördert wird. Als Dankeschön an das Land Nordrhein-Westfalen war dem Ausschußvorsitzenden von der Familie der Stuhl überreicht worden. Foto: Schälte

Landtag

Entgegen der sonstigen Praxis, den Etat des Landtags einvernehmlich und ohne Debatte

Im Staatsbad werden die Weichen in Richtung Zukunft gestellt

Nach vorn gerichtet ist ein ganzes Bündel von Überlegungen und Maßnahmen, die entweder schon eingeleitet oder geplant sind. Am wichtigsten dabei ist die geplante Umwandlung des Wirtschaftsbetriebes des Landes in eine GmbH, bei der das Land, wie aus der Arbeitsgruppe einhellig verlautete, auf Dauer alleiniger Gesellschafter nicht bleiben müße. Diese Neustrukturierung soll zum 1. Januar 2000 in Kraft treten. Schon jetzt ist das Staatsbad, an der Spitze der kommissarische Kurdirektor Willi Schmidt, daran gegangen, den für die Umwandlung unumgänglichen Personalabbau einzuleiten, um die Personalkosten zu senken. Das geschieht, so wurde betont, ohne betriebsbedingte Kündigungen und im weitgehenden Konsens mit den Beschäftigten und ihrer Vertretung.

Daneben arbeiten die Beschäftigten, der kommissarische Kurdirektor und das aufsichtführende Gesundheitsministerium (MAGS) — unter kritisch-wohlwollender parlamentarischer Begleitung durch die Arbeitsgruppe Staatsbad — daran, Image und Angebote des Staatsbads attraktiver zu machen und neue Kurgäste zu gewinnen. Damit soll der alle deutschen Heilbäder durch die Einsparungen im Gesundheitswesen treffende Schwund bei der Nachfrage aufgefangen und ein wirtschaftlicher, sich aus den erzielten Einnahmen selbst tragender, zeitgemäßer Kurbetrieb ermöglicht werden. Dabei spielen auch Personen und klimatische Gegebenheiten eine Rolle. So stellte sich auf der Arbeitsgruppensitzung der designierte neue Kurdirektor von Bad Oeynhaus, Garrelf Remmers (53), vor. Er ist derzeit noch Kurdirektor des niedersächsischen Staatsbades Norderney (vier Millionen Übernachtungen im Jahr) und in dieser Funktion vor allem durch die bundesweit beachtete Einführung einer elektronischen, vielseitig nutzbaren Kurkarte für die Insel bekannt geworden. Remmers ist als gelernter Schiffsingenieur „Quereinsteiger“ im Kurbetrieb und Fremdenverkehrsgewerbe. Er kennt aber die Probleme aus seiner langjährigen Arbeit auf Norderney, wo in letzter Zeit der Wegfall der Hälfte aller ambulanten Badekuren zu verkraften war. Das ging nicht ohne ein „Wir-Gefühl“, das Remmers auch an seinem neuen Arbeitsplatz wecken möchte. Er ist entschlossen, das ostwestfälische Staatsbad aus der „Dienstleistungswüste Deutschland“, wie er es formulierte, herauszuheben. Das Motto lautet: „Zusammen mit allen Beteiligten das Produkt Oeynhaus am Markt neu formulieren. Ich bin sicher, daß wir das schaffen können.“ Die Arbeitsgruppe knüpfte daran die Erwartung, das in der Vergangenheit nicht immer entspannte Klima könne sich durch die stärkere Einbeziehung der Stadt Bad Oeynhaus — zum Vorteil beider Seiten — wieder verbessern.

Der amtierende Kurdirektor wies in seinem Bericht auf die Aktivposten des Staatsbades hin. So halte das große öffentliche Interesse an Naturheilverfahren die Patientenzahlen im Institut für Manualtherapie und traditionelle chinesische Medizin stabil; wenn eine Akupunktursendung im Fernsehen gelaufen sei, breche jedesmal die Telefonanlage wegen der vielen Nachfragen, auch aus dem süddeutschen Raum, zusammen. Die neue Balitherme sei in Ostwestfalen das Bad mit der höchsten Besucherzahl, auch ein „Spaßbad“ im nahen Herford habe dem keinen Ab-

Bad Oeynhaus ist entschlossen, die Zukunft zu gewinnen. Dort richtet man schon seit einiger Zeit die Blicke nicht mehr zuerst in die Vergangenheit, sondern nach vorne. Diesen Eindruck jedenfalls hat die Arbeitsgruppe Staatsbad des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge unter der Leitung von Bodo Champignon (SPD) von ihrer Sitzung am 8. Dezember im Staatsbad mitgenommen.

bruch getan, „wir wollen ein Gesundheitsbad sein“, erklärte Schmidt den Unterschied. Dennoch werde die Attraktivität durch spezielle Aktionen gesteigert: Beim kürzlichen „Nikolausschwimmen“ berechnete der ermäßigte Eintritt von zehn Mark zum Besuch der Therme und des Saunaparks, der ohnehin der „Renner“ sei und für den Ausgleich des Rückgangs im Therapiebereich Sorge-

westfalen“ als Ganzes präsentieren, die dem Interessenten aus dem Ausland das für seinen Fall spezifische Kur- und Behandlungsangebot nachweist.

Einen weiteren Sprung nach vorn erwartet man im kommenden Jahr von der Festwoche aus Anlaß des 150jährigen Bestehens von Bad Oeynhaus und von der Einbindung in die EXPO 2000 in Hannover und der gleichzeitig stattfindenden Landesgartenschau in Bad Oeynhaus, für die gerade ein Wettbewerb durchgeführt und entschieden worden ist. Gewonnen hat ihn eine Agentur aus Paris, die unter dem Motto „Magisches Wasserland“ fünf Themen für die Landesgartenschau vorgeschlagen hat. Auf die Fläche der Stadt verteilt, erstrecken sich vier Parks und eine Kulturfabrik in der alten Ziegelei. Das heilkräftige Wasser ist dabei das verbindende Element; der Kurpark wird zum „Park der unterirdischen Quellen“, eine Brücke in Baumwipfelhöhe soll durch den „Park des oberirdischen Wassers“ führen, der um das Gradierwerk gelegen ist, die Oeynhaus-



Dunkelheit bricht jeden Abend herein über Bad Oeynhaus; aber auch dann geht von den beleuchteten Gebäuden im Kurpark ein eigentümlicher Reiz aus. Wo viel Licht herrscht, ist bekanntlich aber auch Schatten: Die vielen denkmalgeschützten Anlagen und Bauten belasten mit ihren hohen Abschreibungen nachhaltig die Bilanz des Staatsbades. Aber auch hier scheint sich eine Lösung anzudeuten, indem nämlich bei der Neustrukturierung die Immobilien des Staatsbades in eine eigene Gesellschaft eingebracht und damit vom operativen Geschäft des Wirtschaftsbetriebs abgekoppelt werden.

Das angeschlossene Fitneßstudio soll künftig auch ohne die bisher obligatorische Eintrittskarte fürs Bad aufgesucht werden können.

Bad Oeynhaus will sich stärker im Bewußtsein der näheren Umgebung verankern und sucht daher das Gespräch mit Städten, Kreisen und den örtlichen Verbänden, Einrichtungen und Sportvereinen. Sichtbares Zeichen dieses Bewußtseinswandels ist die Gründung der „Regionale Heilgarten 2000 GmbH“, an der sich drei Kreise, vier Städte und zwei Staatsbäder beteiligen. Gleichzeitig wird die überregionale Werbung in Richtung Benelux und Osteuropa verstärkt: So könnte man sich durchaus Wochenendgäste aus Amsterdam vorstellen, die die vielfältigen Kureinrichtungen nutzen. Aber auch den Menschen vor Ort sollen die Behandlungsmöglichkeiten, etwa bei Hauterkrankungen und im ambulanten Reha-Bereich, stärker vorgestellt werden. Ferner will man mit den anderen Bädern in der näheren Umgebung kooperieren. Das hat schon zu einem gemeinsamen Stand auf Gesundheits- und Verbrauchermessen geführt. In naher Zukunft will sich die „Gesundheitsregion Ost-

Schweiz ist Ort des „Parks der Erscheinungen“ und der „Park des unterirdischen Wassers“ erstreckt sich im Siekeral, dem Zentrum der geplanten Landesgartenschau. So die Überlegungen des Preisträgers, der bis Anfang kommenden Jahres seine Vorstellungen in einem realisierbaren Konzept konkretisieren soll.

Wilhelm Krömer (CDU) mahnte in dieser Sache wegen des zeitlichen Drucks baldige Entscheidungen und Klarheit über den Kostenrahmen an, das sei wichtig für die beteiligten Städte und Gemeinden, fand er. Der Arbeitsgruppenvorsitzende Bodo Champignon freute sich über das Konzept, das für Oeynhaus ganz neue Perspektiven eröffne. Er zeigte sich überzeugt, daß das Staatsbad schon jetzt auf dem richtigen Weg sei. Selbst wenn sich nur ein Teil der dargestellten Ideen und Konzepte als durchführbar (und finanzierbar) erweise, sei ihm die wirtschaftliche Zukunft des „Heilgartens Ostwestfalen“ nicht bange. Die Sitzung der Arbeitsgruppe habe gezeigt, daß ein Ruck durch eine ganze Region gehen könne, wenn man die Kräfte bündele, Reibungsverluste vermeide und alte Animositäten begrabe.

Konfrontation im Ausschuß für Haushaltskontrolle: CDU wollte Minister zitieren

Novelle soll Lücken im Gesetz schließen und den Vollzug transparenter machen

„Die GTK-Novelle soll am 1. August 1998 in Kraft treten.“ Diese Festlegung war Dr. Karl Pröbsting vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) am 9. Dezember in der Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle unter Leitung von Wilhelm Riebinger (CDU) zu entlocken. Sonst mußte der Staatssekretär passen, wenn es um Zahlenangaben zu Fragen ging, die SPD und CDU schriftlich vorgelegt hatten und um deren Beantwortung sie baten. Pröbsting sagte deshalb auf Drängen der Fraktionen einen unfassenden Bericht seines Hauses zur nächsten Sitzung des Ausschusses Anfang Februar kommenden Jahres zu.

Auslöser und Hintergrund dieser Debatte im Haushaltskontrollausschuß waren Beanstandungen des Landesrechnungshofs (LRH) zum Vollzug des Kindertagesstättengesetzes (KTG) in den letzten Jahren. Durch Indiskretion war es öffentlich geworden, daß der LRH das zuständige Ministerium um Stellungnahme darüber gebeten hatte, weshalb erhebliche Beträge aus dem Landesetat (die Rede war von insgesamt 1,6 Milliarden Mark) ohne die erforderliche Kontrolle durch einfaches Hineinbuchen in den Landeshaushalt an die Jugendämter gegangen waren. Die CDU hatte daraufhin erklärt, diese Vorgehensweise außerhalb der Landeshaushaltsordnung habe dem Land einen Schaden in zweistelliger Millionenhöhe verursacht.

Auf der Sitzung äußerten nun die Sprecher der Fraktionen ihre Verwunderung über die Möglichkeit einer solchen Vorgehensweise. Walter Grevenner (SPD) hielt es für ein Unding, daß in einem undurchschaubaren Verfahren mit mehreren Beteiligten nur unzureichend der Prüfungspflicht nachgegangen worden sei. Grevenner: „Wer Ausgaben veranlaßt, muß auch Finanzverantwortung tragen.“ Sein Koalitionskollege Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) zeigte sich verwundert, „daß ein System von fünf Behörden tätig werden muß, bevor ein Kind in den Kindergarten geht“. Das erschwere die Abstimmung und fördere die Verschwendung, das Verfahren künftig müsse mit weniger Beteiligten und klaren Zuständigkeiten ablaufen, sonst sei es bloß „eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Beamte“. Helmut Diegel (CDU) formulierte daraus die Frage an den Staatssekretär, wie diese Struktur, für die laut Walter Grevenner nicht zuletzt „die starke Kommunalisierung dieser Aufgabe schuld ist“, gestrafft werden solle, oder ob das Ministerium keinen Handlungsbedarf sehe.

Der Staatssekretär erinnerte daran, daß diese Form von Aufgabenverteilung vom Gesetz her gewollt sei. Er plädierte dafür, es bei der im Gesetz vorgesehenen Lösung zu belassen, denn da werde versucht, „den Ausgleich zwischen kinderpolitischen Interessen und den Finanzbelangen herzustellen“. Es sei auch angesichts der Lage der öffentlichen Kassen notwendig, daß das Wünschbare unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt werde. Pröbsting führte weiter aus, bei der GTK-Novelle werde unter anderem ein „umfassendes, regelmäßiges Berichtswesen“ eingeführt, um die Lücke zu schließen. Es bleibe aber bei dem Konsens, daß zur Durchführung des GTK keine neue Verwaltung gegründet werden dürfe. Im übrigen bedauerte er, die in den Fragenkatalogen erbetenen genauen Zahlenangaben etwa zu Gruppen und Betriebskosten, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Trägern, nicht liefern zu können: Das würde, da diese Zahlen aus den Unterlagen nicht abzurufen seien, einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erfordern. Sein Haus werde sich aber bemühen, diese Angaben zu ermitteln und in den zugesagten Bericht aufzunehmen. Hintergrund der Frage nach den Betriebskosten sei, erläuterte Walter Grevenner (SPD), daß es dabei je nach Träger Abweichungen in einer Relation von eins zu drei gebe — bei vergleichbaren Einrichtungen, wie er ausdrücklich hinzufügte.

Zu der Feststellung des LRH, dem Land sei ein finanzieller Schaden entstanden, äußerten sich auf Befragen durch Parlamentarier der Sprecher des LRH und der MAGS-Staatssekretär übereinstimmend, daß es dabei um eventuelle Zinsverluste handele; ihre Größenordnung sei nicht abzusehen.

Begonnen hatte die Sitzung mit der Kritik der CDU, daß der zuständige Minister Dr. Axel Horstmann (SPD), obwohl geladen, nicht an der Sitzung teilnahm (er war durch die gleichzeitige Teilnahme an einer Kabinettsitzung verhindert). SPD und GRÜNE lehnten mit ihrer Mehrheit den CDU-Antrag ab, den Minister in den Ausschuß zu zitieren. Michael Thomas Breuer und Helmut Diegel (beide CDU) monierten auch, daß der ihn vertretende Staatssekretär nicht mit den gewünschten klaren Auskünften dienen konnte: Ob das MAGS das Parlament bewußt brüskieren wolle, fragten sie. Walter Grevenner (SPD) bedauerte derartige parteipolitisch begründete Züge und meinte, er habe sich bisher Gemeinsamkeit zwischen den Fraktionen bei der Aufklärung der schwierigen Materie erhofft. Im übrigen seien einige der im LRH-Zwischenbericht zugesagten Formulierungen im Bericht des Großen Kollegiums nicht mehr enthalten. Das sei durchaus üblich, darum rate er, diesen Bericht genau zu lesen. „Die CDU verurteilt vor der Klärung. Das ist zu früh“, hielt er der Oppositionsfraktion vor.

Empfehlungen

Das Große Kollegium hat, um den Landtag zu beraten, einen Bericht zur beabsichtigten Novellierung des GTK übersandt. Darin heißt es unter anderem:

„Beim Vollzug des GTK haben sich aus der Sicht der Finanzkontrolle Mängel ergeben. Viele Mängel wären durch rechtzeitiges, regulierendes Eingreifen der Fachaufsicht vermeidbar gewesen.

Das Verfahren der Betriebskostenzuschussung und der Gewährung von Landesmitteln ist sowohl für das Land als auch für die Städte und Kreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe nur bedingt praktikabel. Die Ursachen hierfür liegen nach Ansicht des LRH

- in der Verlagerung der Zuständigkeit für diesen Teilbereich von der Ebene der Landesjugendämter auf die der Bezirksregierung,
- in den Möglichkeiten der Landesjugendämter, über die Betriebserlaubnisse auf die Höhe der Zuschüsse Einfluß zu nehmen,
- in den unzureichenden Kontrollen der Bezirksregierung und der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

(...)

Auf der Grundlage der Entscheidung vom 10. Juni 1996 hält der LRH das nach seiner Auffassung mit vielen Systemmängeln behaftete Verfahren der Zuschussung von Betriebskosten für änderungsbedürftig und empfiehlt

- insbesondere Personalstandards zugunsten einer wirtschaftlicheren Handhabung anzupassen bzw. zu flexibilisieren,
- die Zuständigkeit für die Erteilung von Betriebserlaubnissen von den Landesjugendämtern auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu verlagern und
- das Verfahren der Zuschußgewährung des Landes zu ändern.“



Blick in die Sitzung des Haushaltskontrollausschusses unter dem Vorsitz von Wilhelm Riebinger (CDU, dritter v. r.): Staatssekretär Dr. Karl Pröbsting vom MAGS, Ausschußassistent Günter Baumann, Ausschußvorsitzender Riebinger, LRH-Präsidentin Ute Scholle und LRH-Vizepräsident Dr. Hans Blasius (v. r. n. l.). Foto: Schäfer

Verkehrsausschuß behandelt Güter-Grenzverkehr Niederlande–NRW

In der letzten Sitzung vor der Weihnachtspause arbeitete Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD) am 27. November mit dem Verkehrsausschuß und Minister Wolfgang Clement eine umfangreiche Tagesordnung ab (Fortsetzung der Berichterstattung).

Auf Wunsch der CDU-Fraktion berichtete Minister Clement zum Thema „Sonntagsfahrverbot für (deutsche) LKW's mit Blumen und Zierpflanzen über 7,5 Tonnen“. Hannelore Brüning (CDU) hatte auf den starken Druck auf NRW-Unternehmen und Wettbewerbsnachteile in den Grenzregionen bei Großlieferanten von Pflanzen und Gemüse hingewiesen. Auch aus ökologischen Gründen müsse Abhilfe geschaffen werden, meinte sie, wenn statt eines 7,5-Tonnen-LKW's mehrere kleinere Lastwagen eingesetzt würden.

Vom Sonntagsfahrverbot (0 bis 22 Uhr) sind Milchtransporte, Frischfleisch und -fleisch, leicht verderbliches Obst und Gemüse ausgenommen. Im übrigen könnten die unteren Behörden (Ordnungsämter) Ausnahmen erteilen, und zwar in dringenden Fällen. Wettbewerbsnachteile rechtfertigten die Ausnahmen nicht, erläuterte Clement. Bund und Länder hätten sich immer wieder auf eine restriktive Praxis verständigt. Dennoch beugten sich die unteren Behörden in mehreren Ländern dem Druck der Unternehmen, etwa bei Schnittblumen aus Dänemark. Kein Sonntagsfahrverbot gebe es in Belgien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, den Niederlanden und Schweden. Die Europäische Union vertrete freien Warenverkehr und auch mehr Verkehrssicherheit sowie Umweltentlastung durch besser verteilte Verkehre. Die Bundesregierung spreche der EU die Regelungskompetenz ab. In der Verkehrsministerkonferenz werde über eine bessere Verteilung der Verkehre über die sieben Tage der Woche gesprochen.

Zum Sachstand bei der Wiederaufnahme der Eisenbahnverbindung „Eiserner Rhein“ berichtete Minister Clement, die aus dem 19. Jahrhundert stammende Bahngüterverkehrsverbindung zwischen Antwerpen und Mönchengladbach (150 Kilometer) liege in den Niederlanden seit etwa 1991 brach. Die eingleisige Schienenstrecke von Roermond nach Dalheim sei aber nicht abgebaut. Der Güterverkehr werde über Montzen—Aachen geführt. Bemühungen zur Wiederaufnahme der Bahnverbindung seien bisher erfolglos verlaufen. Zur Zeit gebe es noch keine abgestimmten Planungen der zuständigen Regierungen. Für die Provinz Limburg sei eine Güterverkehrsstrecke durch das Naturschutzgebiet Meinweg unvorstellbar. Die Stadträte von Roermond, Weert und Wegberg hätten sich gegen den „Eisernen Rhein“ ausgesprochen. Die Deutsche Bahn AG zeige sich interessiert, ebenso die flandrische Regionalregierung in Belgien und der Hafen Antwerpen. Die Industrie- und Handelskammer Duisburg fordere die sofortige Reaktivierung. Die Landesregierung halte, fuhr Clement fort, eine neue leistungsfähige Schienenverbindung zwischen dem Hafen Antwerpen und dem Rhein-Ruhr-Gebiet zusätzlich zur mit den Niederlanden verabredeten „Betuwe-Linie mit Bypässen“ für erforderlich. Die Wiederaufnahme der Bahn-



Verkehrspolitiker von SPD und GRÜNEN legten im Ausschuß gemeinsame Anträge und Entschliebungen vor, v. l. Peter Eichenseher (GRÜNE), Heinz Wirtz, Walter Bieber, Günter Weber (alle SPD).

strecke „Eiserner Rhein“ sei jedoch abschließlich Sache der Nachbarstaaten.

Bei der Betuwe-Linie (Rotterdam-Valburg-Zevenaar), deren Güterverkehr von Hochgeschwindigkeitszügen und vom Regional- und Nahverkehr überlagert werde, halte sich der Bund vertragstreu an die deutsch-niederländische Vereinbarung von 1992, worin der Ausbau des südlichen Bypasses Nijmegen-Venlo vorgezogen werde. Die neueren niederländischen Planungen bedingen nach Clements Auffassung ein drittes Gleis zwischen der deutsch-niederländischen Grenze und Wesel. Damit wäre auch der Rechtsanspruch der Stadt Emmerich auf Lärmschutz erreichbar. Die Deutsche Bahn AG und das Bundesverkehrsministerium hielten

jedoch die zweigleisige Strecke Grenze—Oberhausen für leistungsfähig genug, auch für künftige Verkehre. Für notwendige Verhandlungen werde ein Interreg-Gutachten als „Machbarkeitsstudie rechtsrheinische Schienenstrecke“ mit Hilfe des Landes angefertigt. Die geplanten Bypässe zur Betuwe-Linie müßten dennoch vorangetrieben werden, damit NRW von Transitverkehr entlastet werde. Der Bund habe seine Bereitschaft zu einer kostengünstigen Lösung signalisiert. Die Dringlichkeit des Ausbaus der Schiene für grenzüberschreitenden Güterverkehr wurde von CDU-Abgeordneten aus den betroffenen Grenzregionen ergänzt mit Berichten über teilweise unerträgliche Belastungen durch ausländische LKW-Verkehre.

Auch der Petitionsausschuß hielt es für Härte

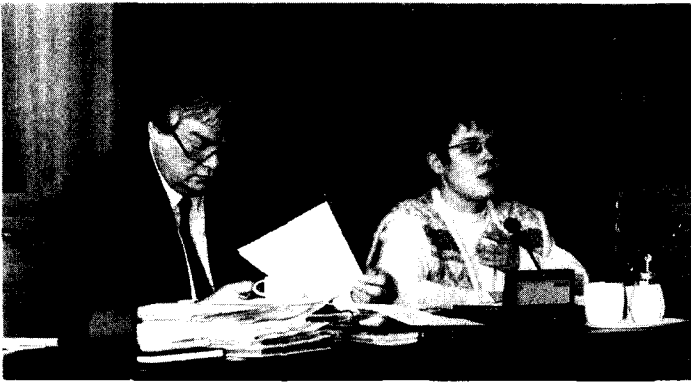
Rentnerin zahlt 107 Mark pro Monat für Wasser

Eine Neuregelung der Neubaumietenverordnung (des Bundes) von 1970 und der Landesbauordnung mit einer Verpflichtung zum Einbau von Wasserzählern in alle Mietwohnungen schlägt der Petitionsausschuß des NRW-Landtags vor und überwies deshalb seinen Beschluß zur Eingabe einer Rentnerin an die Bundesregierung und an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen des Landtags.

„Ich habe als Einzelperson diese ungerechte Abrechnung 12 Jahre hingenommen“, schrieb die Rentnerin aus Duisburg an den Petitionsausschuß des Bundestages. „Da aber die Kosten für Wasser in den letzten Jahren derartig angestiegen sind, finde ich es ungerecht, daß Wohnungsgesellschaften nicht wie jeder andere Hauseigentümer zur Hälfte, je nach Wohnfläche sowie Personenzahl abrechnen müssen. Als Einzelperson und dazu noch Rentnerin zahle ich inzwischen 1284 Mark im voraus jährlich, das heißt monatlich 107 Mark. In der gleichen Wohnung zahlen meine Nachbarn mit fünf Personen keinen Pfennig mehr.“ Sie hatte sich zuvor mit einer Beschwerde erfolglos an die gemeinnützige Baugesellschaft als Vermieterin gewandt. Diese antwortete, eine Abrechnung nach Personenzahl wäre bei 18 000 Wohnungen nicht möglich, da dann alle Geburten, Sterbefälle, Aus- und Zuzüge von ihr überwacht werden müßten und verwies auf ein neueres Gerichtsurteil zu ihren Gunsten.

Der Petitionsausschuß des NRW-Landtags, bei dem diese Eingabe an den Bundestag und weitere Eingaben zu dem Problem landeten, hielt jedoch das Anliegen für voll berechtigt und das Verweisen auf den Klageweg für nicht angebracht. Darüber hinaus hält er die Abrechnung des Wasserverbrauchs nach Wohnfläche wie auch nach der Personenzahl, wie nach derzeit gültiger Verordnung möglich, für einen Behelf, der keinen Anreiz für einen sparsamen Umgang mit dem kostbaren Wasser enthalte.

Die Neubaumietenverordnung des Bundes müsse so geändert werden, daß bei unterschiedlicher Belegung der Wohnungen auf die unbillige Abrechnung nach der Wohnfläche verzichtet und nach Anzahl der Personen an einem Stichtag abgerechnet werde müsse. Und durch eine Änderung der Bauordnungen der Länder sollten alle Vermieter verpflichtet werden, Wasserzähler in alle Mietwohnungen einbauen zu lassen.



Bodo Hombach (SPD) und Alexandra Landsberg (GRÜNE) begründeten Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Haushaltsentwurf 1998: mehr Landesgeld für Meistergründungsprämien, für Beratung zur Rettung von Betrieben, für Frauenförderung in Technik und Handwerk.

Fragen zur Wirtschaftsförderung 1998

Was kostet die Bearbeitung der Programme?

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie behandelte unter Leitung von Hannelore Brüning (CDU) am 26. November abschließend den Haushaltsplanentwurf für den Einzelplan 08. Zuvor waren zahlreiche Fragen, vor allem zur Wirkung und zu den Kosten der unterschiedlichen Förderprogramme beantwortet worden. In öffentlicher Sitzung fand die Aussprache über den SPD-/GRÜNE-Antrag „Neue Impulse für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung: Rationelle Energieernutzung und erneuerbare Energien“ (Drs. 12/2207) statt, zu dem die CDU-Fraktion eine ausführliche Entschließung mit dem Titel vorgelegt hatte „NRW benötigt im Interesse von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen eine langfristig gesicherte und umweltverträgliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen“ (Drs. 12/2638). Der CDU-Antrag zu Fortsetzung und Ausbau der Meistergründungsprämie wurde abgelehnt, ein gleichlautender Antrag von SPD und GRÜNEN, allerdings mit dem Zusatz „nach Maßgabe der Haushalte“, dagegen angenommen. Der CDU-Antrag „Umweltpakt für NRW“ (Drs. 12/2345) wurde nach längerer Diskussion zum Versuch eines Konsenses vertagt.

Zur Beratung des SPD-/GRÜNE-Antrags „REN-Impulse“ (siehe „Landtag intern“ Nrn. 12/ und 18/1997) legte die CDU-Fraktion in einem Entschließungsantrag dar, NRW sei in Deutschland Energieland Nummer eins und decke 30 Prozent des deutschen Strombedarfs. Auch für den Arbeitsmarkt spiele die Energiewirtschaft mit 180 000 Beschäftigten und weiteren 100 000 Arbeitsplätzen in NRW eine bedeutende Rolle. Der vorhandene Energiemix habe sich als sinnvoll erwiesen. Der Beitrag von NRW zu einer sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung liege in der Stromerzeugung in modernen Kraftwerken. Die Braunkohle werde ihre herausragende Bedeutung als einziger wettbewerbsfähiger nationaler Energieträger behalten. Nur bei zügiger Genehmigung von Garzweiler II könnten die neuen Kraftwerksgenerationen des 20-Milliarden-Programms der RWE gebaut werden.

Der NRW-Beitrag zu Strom aus Kernkraft liege in der Nuklearforschung, erläuterte CDU-Sprecher Laurenz Meyer. Alternative Energien dürften nicht unterschätzt werden. 1996 hätten die NRW-Stromversorger 140 und das Land 86,3 Millionen Mark für erneuerbare Energien aufgewendet. Einführungshilfen für marktnahe Technologien seien sinnvoll. Daraus dürften jedoch keine neuen Dauersubventionen werden. Zur Zeit werde Strom aus Windenergie höher subventioniert als der aus Steinkohle.

Nach der Aussprache lehnten SPD und GRÜNE die CDU-Entschließung ab und nahmen ihren eigenen achtseitigen Antrag „Neue Impulse für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung“ durch rationelle Energieernutzung (Drs. 12/2207) an.

Zum Entwurf des Einzelplans 08 stellten Ausschußmitglieder den Vertretern des Ministeriums im Berichterstattergespräch zahlreiche Fragen, die teils sofort, teils nachgehend schriftlich oder mündlich beantwortet

wurden. Ob Entgelte für die Abwicklung von Förderprogrammen an die Investitionsbank (IB) oder die Hausbank gerechtfertigt seien, wurde unter anderem gefragt. Antwort: Mit den Bearbeitungsentgelten in Höhe von 0,15 Prozent der geförderten Investitionssumme bei regionaler Wirtschaftsförderung und 50 Prozent davon für die Hausbank würden die Kosten der IB und/oder der Hausbank abgegolten. Die Kosten trage das Land, lautete die Antwort. Bei Infrastrukturvorhaben sei der Aufwand der IB wegen vorbereiteter Entscheidungen gering. Die Entgelte betrügen 0,2 Prozent des zugesagten Zuschusses, höchstens 15 000 Mark pro Fall. Die Kosten bei den Programmen zur Arbeitsplatzsicherung, zur Beratung und zur Meisterprämie trage das Land. Für die Zinsmargen an IB und Hausbanken bei den EU-Förderprogrammen seien 1998 700 000 Mark ausgewiesen. Aus den bis Ende 1995 nicht ausgeschöpften Strukturhilfe-Mitteln würden 22 Millionen Mark für Technologiezentren, 14 für überbetriebliche Ausbildungsstätten und vier Millionen für Infrastruktur- und Tourismusprojekte eingesetzt.

Auch die CDU beantragte deutlich mehr Mittel für „arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfen für Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister“, aber ihr Antrag wurde abgelehnt, v.l. Hubert Schulte, Fritz Kollorz, Hannelore Brüning, Laurenz Meyer.

Fotos: Schälte



Frauenhandel in NRW

Nordrhein-Westfalen gelte als Zentrum des Frauenhandels, heißt es in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der GRÜNE-Fraktion „Frauenhandel in NRW“ (Drs. 12/2346) vom 27. November 1997, über die der Landtag am 12. Dezember debattierte (Bericht in der nächsten Ausgabe). 1996 seien dem Landeskriminalamt 401 Opfer gemeldet worden, davon mehr als die Hälfte im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Die meisten Opfer stammten aus Polen, gefolgt von Tschechien, der Ukraine, Litauen, Rußland und Lettland. Aus Osteuropa insgesamt waren es 91 Prozent.

159 Opfer seien freiwillig eingereist, nachdem ihnen Verdienstmöglichkeiten versprochen worden seien. Nur selten sei bei der Anwerbung Gewalt angewendet oder die Papiere weggenommen worden. Mehrfach sei gegen gewerbliche Betriebe (Künstleragenturen, Pornofilmproduzenten, Kulturvereine, Lokale, Teestuben) wegen Verdachts auf Menschenhandel ermittelt worden. Fälle von Scheinehe mit anschließendem Zwang zur Prostitution seien bekannt. Die Vermittlung von Ehen werde, heißt es weiter in der Antwort der Landesregierung, in Kürze durch eine Novellierung der Gewerbeordnung als überwachungspflichtiges Gewerbe eingeordnet. Auch Partnerschaftsvermittlung solle überwacht werden. Bei Menschenhandel könne künftig das Gewerbe sofort untersagt werden.

Zu den sozialen Arbeits- und Lebensbedingungen von Opfern von Menschenhandel heißt es in der Antwort, sie lebten in Angst und Isolation, hätten häufig keine deutschen Sprachkenntnisse und fürchteten Repressalien gegen sich oder ihre Angehörigen. Sie würden häufig psychisch und physisch gequält, als Erwerbsquellen planmäßig ausgebeutet, teilweise zu Geschlechtsverkehr ohne Kondome gezwungen.

Betroffene Frauen strebten nach Beendigung ihrer Notlage. Sie hätten aber häufig keine Chance, Hilfsangebote wahrzunehmen, da sie sich nicht frei bewegen könnten. 1997 habe die Landesregierung 945 000 Mark Landesmittel für spezialisierte Beratung bereitgestellt, wovon fünf Träger in Köln, Herne, Düsseldorf, Dortmund und Bochum unterstützt worden seien. Eine neue Einrichtung in Herford solle gefördert werden. Aus dem übrigen Bundesgebiet seien 17 Beratungsstellen bekannt, die auch vom Menschenhandel betroffene Frauen betreuten, davon sechs mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Jagd und Abschluß

Bei der Jagdfläche der Landesforstverwaltung handele es sich fast ausschließlich um Waldflächen. Mit dem Anteil verpachteter Staatsjagdfläche liege das Land Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Bundesländer. Das bekräftigt die Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Bärbel Höhn (GRÜNE) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Marie-Luise Fasse, Wilhelm Krömer, Heinrich Kruse, Albert Leifert, Wilhelm Lieven, Clemens Pick, Hermann-Josef Schmitz und Eckhard Uhlenberg. Nach Höhns Angaben wurden im Jagdjahr 1995/96 in NRW 1311 Stück Wild durch zahlende Jagdgäste, 673 Stück in Pirschbezirken, 917 Stück durch nichtzahlende Gäste anlässlich von Gesellschaftsjagden und 2 286 Stück durch Bedienstete der Landesforstverwaltung, einschließlich zweier Landesanstalten sowie der Landwirtschaftskammern erlegt. Die Ministerin betont, das von Mitarbeitern erlegte Wild werde durch die Forstämter vermarktet. Nach ihren Angaben gab das Land im Vorjahr rund 36 000 Mark für Fütterung, über 230 000 Mark für Reviereinrichtungen, zum Beispiel Ansitzleitern, sowie 1,6 Millionen Mark für Wildschutzmaßnahmen, u. a. in Form von Gattern, Daueräsungsflächen usw., aus. Die CDU-Abgeordneten weisen in ihrer Kleinen Anfrage darauf hin, das Land NRW habe laut Landeswaldbericht eine gesamte Waldfläche von 890 000 Hektar, 115 700 Hektar, das entspreche 13 Prozent dieser Fläche, seien Staatswaldflächen. Sie hatten von der Regierung wissen wollen, ob das Land auf mögliche Einnahmen aus Jagdverpachtungen und Jagdnutzungen verzichte (Drs. 12/2657).

Katharina Sieverding in NRW-Kunstsammlung

Die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die Staatsgalerie des Landes, zeigt vom 20. Dezember 1997 bis 1. März 1998 die Ausstellung „Katharina Sieverding“ in ihrem Haus am Grabbeplatz in Düsseldorf. Die Düsseldorfer Künstlerin, die bei Joseph Beuys studierte und seine Meisterschülerin war, arbeitet mit dem Medium Fotografie. Sie war auf den Biennalen von Venedig und Sydney sowie mehrfach bei der Documenta in Kassel vertreten.



Aus Vietnam kommt Ngyen Duy Quang (r.), der im Landtag hospitiert. Landtagsdirektor Professor Heinrich A. Große-Sender (l.) führte ein Gespräch mit dem Gast aus Hanoi. Foto: Schälte



Mitglieder des Ausschusses für Wohnen, Raumordnung und Umwelt in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments sind im Landtag von Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (r.) empfangen worden. Die Delegation, die von Frau M.M. Versnel (4. v.r.) geleitet wurde, hatte eine dreitägige Reise durch Nordrhein-Westfalen mit dem Schwerpunkt Ruhrgebiet unternommen. Dabei wurden IBA-Projekte in Augenschein genommen. Wie das holländische Generalkonsulat mitteilte, sei es Ziel der Reise gewesen, sich über die Umstrukturierung eines industriellen Gebietes in eine postindustrielle Region zu informieren. An der Zusammenkunft im Landtag nahm auch Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD, 3. v.l.) teil. Foto: Schälte

NRW-Stiftung gibt wieder einen Kalender heraus:

Ein weiterer „Glücksgriff“ vom Ollen Hansen

Für Tausende von Fans sind die Kalender des „Universalbemühs“ Peter T. Schulz aus Mülheim an der Ruhr inzwischen zu begehrten Sammelstücken geworden. Für das Jahr 1998 gibt es wieder einen Kalender des Künstlers, der vielen auch als „Oller Hansen“ bekannt ist. Für alle Freunde des Künstlers und alle Sammler setzt die Nordrhein-Westfalen-Stiftung damit ihre „Glücks-Serie“ fort. „Ein Glück für alle“ hieß 1992 der erste Kalender. Nach „Glück muß man können“ (1993), „Glückgehappt“ (1994), „Glück

kommt durch einander“ (1995), „Herzlichen Glückwunsch“ (1996) und „Augen zu — Glück auf“ (1997) wird auch der neue Kalender für 1998 wieder ein weiterer „Glücksgriff“ werden: „1 x Glück + zurück“ heißt der neue Kalender. Darin verbindet der Künstler einmal mehr seine humorvoll-poetischen Bilder mit seinen nachdenklich-witzigen Texten.

Der neue Kalender, der mit Unterstützung der LBS herausgegeben wird, besteht aus einem Titelblatt, einer Einleitung und zwölf Monatsblättern im Format 48 X 56 cm. Er kann zum Preis von 33,90 Mark zuzüglich Porto und Verpackung (bei Einzelversand 6,10 Mark) bestellt werden beim: Förderverein NRW-Stiftung, Roßstraße 133, 40476 Düsseldorf. Der Überschuß aus dem Verkauf kommt der Arbeit der NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege zugute.



Die Landtagsabgeordnete Brigitte Schumann (GRÜNE), von Beruf Pädagogin im Range einer Oberstudienrätin (l.) hat ihr 25jähriges Dienstjubiläum begangen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) beglückwünschte die bildungs- und kulturpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion und überreichte eine von der Bezirksregierung Düsseldorf übersandte Ehrenurkunde. Foto: Schälte

SPD-Fraktion

Technologiezentren beschleunigen regionalen Strukturwandel

Als wichtigen Baustein auf dem Weg des Landes zu einem führenden Technologiestandort in Deutschland bezeichnete der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bodo Hombach, die Technologiezentren in Nordrhein-Westfalen. Er bezog sich dabei auf eine Studie, in der im Auftrag des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums 52 der 63 Technologiezentren des Landes untersucht worden waren.

Das Gutachten ziehe eine insgesamt positive Bilanz. Es stelle fest, daß in keinem anderen Bundesland die Technologiezentren zu einem solch zentralen Bestandteil der öffentlich finanzierten technischen Infrastruktur aufgebaut worden seien wie in Nordrhein-Westfalen. Hombach verwies darauf, daß 31 Prozent von den rund 200 Technologiezentren in Deutschland hier angesiedelt seien. Dadurch seien mehr als 17 000 Arbeitsplätze am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen geschaffen worden.

Kernaufgaben eines Technologiezentrums seien nach der Konzeption der Landesregierung, technologieorientierte Gründerpotentiale zu aktivieren, Jungunternehmen zu betreuen und zu begleiten, Beratungs- und Transfermaßnahmen in der Region wahrzunehmen und die Zusammenarbeit von innovationsfreudigen Unternehmen, Neugründern und wissenschaftlichen Einrichtungen synergieträchtig zu organisieren. Für die Zukunft werde, so Hombach, den Technologiezentren eine noch bedeutendere Rolle im Gründungsgeschehen und bei Investitionen beigemessen. Deshalb sei es notwendig, daß sie sich noch stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrierten und Keimzellen für neue Technologieunternehmen würden. Die nordrhein-westfälische Wirtschaftspolitik setze auch bei den Technologiezentren auf das System des public-private-partnership, erklärte der SPD-Wirtschaftsexperte. Das private Engagement in den Technologiezentren solle deshalb zukünftig erhöht werden. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement habe bereits angekündigt, durch ein neues Anreizsystem mit Prämien die Ansiedlung neu gegründeter Unternehmen zu belohnen. Die Technologiezentren müßten zu Gründerzentren im Hochtechnologiebereich werden, moderne Managementmethoden und Controllingssysteme selbstverständlich sein.

Die ermittelten Arbeitsplatzzahlen wiesen einen beachtlichen Ansiedlungserfolg aus, bilanzierte Hombach. In den untersuchten Technologiezentren arbeiteten heute mehr als 1 400 Unternehmen mit über 11 000 Beschäftigten. 610 Unternehmen mit 6 400 Beschäftigten, die sich aus den Zentren heraus entwickelt hätten, seien mittlerweile auf dem freien Markt etabliert. In nur 13 Jahren sei damit eine flächendeckende Technologieinfrastruktur aufgebaut worden. Ziel der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik sei es, daß möglichst viele innovative Gründungen in den Technologiezentren erfolgten und damit die Umsetzungsgeschwindigkeit von Wissen in Produkte und Dienste beschleunigt werde. Das schaffe zukunftssichere Arbeitsplätze.

Nach Auffassung von Hombach sind die Technologiezentren in Nordrhein-Westfalen ein erfolgreiches Instrument der Technologiepolitik, das den regionalen Strukturwandel beschleunige.

CDU-Fraktion

Hochschulrahmengesetz: Kompromiß von Bund und Ländern

„Es ist ein schlechter Witz, wenn die NRW-Wissenschaftsministerin permanent versucht, Bonn die Schuld für die Hochschulmisere in die Schuhe zu schieben“, erklärte der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Kuhmichel, anlässlich der Studentenproteste in Düsseldorf. „Das Hochschulrahmengesetz ist ein Kompromiß zwischen Bund und Ländern, der jetzt im Bonner Parlament weiter beraten wird. Hier wird offensichtlich vergessen, daß Frau Brunn den Gesetzentwurf ausdrücklich mitträgt und von sozialdemokratischer Handschrift spricht; sie hat es aber versäumt, die dafür notwendigen Studienbedingungen zu schaffen“, kritisierte Kuhmichel. Der CDU-Politiker forderte Wissenschaftsministerin Brunn auf, „statt unsinniger Schuldzuweisungen endlich die Hochschulsituation in Düsseldorf Eigenverantwortung zu verbessern“. Die CDU-Landtagsfraktion forderte erneut, 250 Millionen Mark zusätzlich in die NRW-Hochschulen zu investieren. Nach den Worten von Kuhmichel sollen davon 200 Millionen in den Hochschulbau fließen. Für 50 Millionen sollen Bibliotheken besser ausgestattet und Geräte angeschafft werden. Die zusätzlichen Mittel sind aus Veräußerungen von entbehrlichem Landesvermögen und durch Verkauf von Immobilien finanzierbar.

CDU: Referendarunterricht ist verantwortungslos

Die Pläne von Schulministerin Behler, nach denen Referendare ab dem 1. Februar bis zu sechs Stunden eigenverantwortlich unterrichten sollen, hält der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, für „verantwortungslos“. Die Proteste von Eltern- und Lehrerverbänden seien völlig gerechtfertigt, sagte Recker. „Zu Recht befürchten die Betroffenen, daß der Einsatz der Referendare auf Kosten der Qualität des Unterrichts geht.“ Große Probleme wird es nach Reckers Meinung insbesondere in der Grundschule geben. Nach der Neuregelung können Referendare auch versetzungsrelevante Noten geben. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß Eltern und Lehrer das akzeptieren werden. Zu diesem Zeitpunkt ist noch nicht einmal klar, ob die Lehramtsanwärter ihre Prüfung bestehen und jemals den Lehrerberuf ausüben werden“, erklärte der CDU-Politiker und forderte die Schulministerin dringend auf, ihre Pläne nochmals zu überarbeiten. Die CDU sei bereit, konstruktiv an Lösungsvorschlägen mitzuarbeiten. In diesem Zusammenhang verwies Recker auf das Konzept der CDU-Landtagsfraktion: sie hatte vorgeschlagen, daß Referendare nur im Einvernehmen mit Studienseminar und Schulleiter bis zu vier Stunden eigenverantwortlichen Unterricht erteilen dürfen. Außerdem müsse sichergestellt werden, daß die Lehramtsanwärter bedarfsgerecht auf die Schulen verteilt werden.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Das bringt der Haushalt 1998

Die katastrophale Steuerpolitik der Bundesregierung hat die Spielräume der rot-grünen Koalition in NRW eingeengt. Deshalb war es nur über Einsparungen möglich, überhaupt rot-grüne Projekte im Haushalt zu verankern. Wesentliche Sparvorschläge, die in diesen Haushalt einfließen, tragen GRÜNE Handschrift. Der Mehrheit der SPD fällt es jedoch schwer, angesichts liebgewonnener Gewohnheiten und Besitzstände zukunftsfähige strukturverändernde Einsparungen zu beschließen. Von den Vorschlägen, die eine paritätisch besetzte „Sparschweinkommission“ vorlegte, übernahm das Kabinett etwa 400 Millionen DM.

Die Fraktionen schichteten 83 Millionen DM um, durch die im wesentlichen Reformprojekte vor Kürzungen gesichert wurden. Einundvierzig Millionen Mark werden zugunsten von GRÜNEN Projekten verwendet. Dafür werden Präventionsprojekte gegen Rassismus und antischwule Gewalt im Innen- und im Sozialressort ausgebaut. Flüchtlingsberatung und Landesflüchtlingsrat wurden entgegen dem Begehren der SPD nicht gestrichen, sondern mit Verpflichtungsermächtigungen verbindlich weiter gefördert. Straffälligenhilfe, Täter-Opfer-Ausgleich und Projekte zur Haftvermeidung, bei denen NRW im europäischen Vergleich zum Teil an der Spitze steht, werden verstärkt. Bildung und Förderung für Frauen an Hochschulen, neue Wohnformen für Alte, Hilfen für Wohnungslose, Mittel für Konsumräume und ambulante Psychiatrie gehören ebenso zum GRÜNEN Umschichtungspaket wie der Radwegebau, örtliche, regionale Wirtschaftsförderung, Förderung des Schienenverkehrs durch Sicherung nicht bundeseigener Eisenbahnen und eine Verstärkung der Mittel für regionale Kulturförderung.

Im Personalbereich wurden 30 Einstellungen zur Umsetzung der Insolvenzrechtsreform und 50 Beförderungsmöglichkeiten für ehemalige VolksschullehrerInnen einvernehmlich geschaffen. In einer letzten Runde der Fraktionen wurden wichtige Reformvorhaben durch die Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre abgesichert. AIDS-Prävention, Drogenhilfe, die Graduiertenförderung und soziale Wirtschaftsbetriebe sind unter den wichtigsten NutznießerInnen dieser Beschlüsse. Wegen der prekären Haushaltslage und der hohen „globalen Minderausgabe“ von 500 Millionen Mark saher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Projekte der Frauenministerin als höchst gefährdet an und wollten die Gleichstellungsministerin von der globalen Minderausgabe ausnehmen, damit Frauenprojekte trotz Sparzwang ungekürzt stattfinden können. Dagegen legte die SPD ihr Veto ein. Einen politischen Schwerpunkt legte die GRÜNE-Fraktion auf eine Entlastung der Gemeinden wegen des Wegfalls der Finanzierung von Bürgerkriegsflüchtlings ab dem 1. Januar 1998. Rund 180 Millionen DM forderte die Fraktion und wäre bereit gewesen, hierfür notfalls sogar eine Erhöhung der globalen Minderausgabe in Kauf zu nehmen. Nach zwei Sondersitzungen des Koalitionsausschusses war die SPD nicht bereit, dem Vorschlag von Bündnis 90/Die GRÜNEN zu folgen. Lediglich eine Verstärkung der Landeserstattung für die etwa 2 700 bosnischen Kontingentflüchtlinge — unter ihnen zahlreiche traumatisierte Opfer und Insassen von Gefangenenlagern — in Höhe von 30 Millionen DM wurde angeboten. Wegen dieser humanitären Zielrichtung hat die Mehrheit der Fraktion zugestimmt, obgleich wir die Entscheidung insgesamt für völlig unzureichend halten angesichts des steigenden Vertreibungsdrucks, den die Äußerungen von manchen KommunalpolitikerInnen ankündigen.

Personalien

Dr. Rolf Hahn (CDU), Landtagsabgeordneter, ist neuer Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land. Er wurde auf einer KAG-Vorstandssitzung auf Schloß Homburg einstimmig in dieses Amt gewählt. Hahn tritt die Nachfolge des früheren Oberbürgermeisters der Stadt Wuppertal, **Gerd Kaimer**, an. Der Landtagsabgeordnete war seit 1995 stellvertretender Vorsitzender. Die KAG ist ein Zusammenschluß der bergischen Großstädte und Kreise. Sie dient der Zusammenarbeit und gemeinschaftlichen Interessenwahrung dieser Gebietskörperschaften, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht. Dem Vorstand gehören die Oberbürgermeister, Landräte, Oberkreisdirektoren und Oberstadtdirektoren der Mitgliedskommunen an. Die Zusammenarbeit ist parteienübergreifend.

★

Reinhard Grätz (SPD), Landtagsabgeordneter, hat gegenüber „Landtag intern“ Angaben zur Wahl des neuen Rundfunkrates des Westdeutschen Rundfunks Köln richtiggestellt. Danach ist er bereits zum dritten Mal zum Vorsitzenden dieses Gremiums gewählt worden. Wert legt Grätz ferner auf die Feststellung, daß der Landtag zwar dreizehn Mitglieder in den Rundfunkrat wählt, von denen jetzt aber nur vier Landtagsabgeordnete sind. Die Zahl der Abgeordneten und der kommunalen Mandatsträger ist insgesamt auf neun begrenzt.

★

Heinz Paus (CDU), innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, ist bei den Wahlen zum Fraktionsvorstand als Justitiar bestätigt worden. Die Abgeordnete **Hannelore Brüning** wurde als neue Finanzbeauftragte gewählt. Beide sind Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes.

★

Peter Krug, Kirchenrat und Beauftragter der Evangelischen Kirche bei Landtag und Landesregierung, ist zum Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg gewählt worden. Das teilte Landtagsvizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** nach der letzten Landtagsandacht in diesem Jahr mit. Krug wird sein neues Amt am 1. Mai 1998 antreten.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

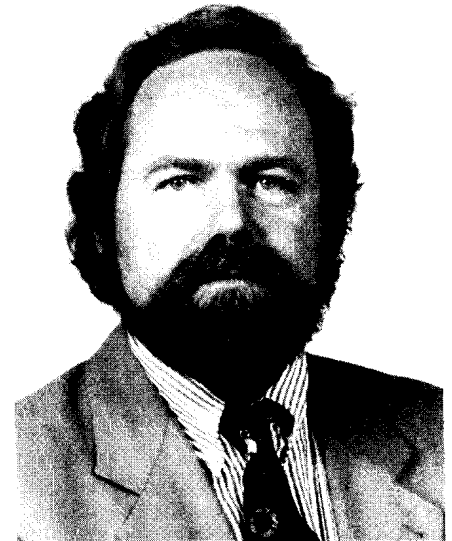
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Es ist außergewöhnlich, ausgerechnet über ein Hobby zur Politik zu kommen: Gerhard Wirth interessiert sich nicht nur für die Fotografie, der SPD-Landtagsabgeordnete ist ein beachteter Porträtist. Als Jugendlicher wurden seine Fähigkeiten nicht nur mit dem Bundes-Fotopreis der Jugend gewürdigt, auch auf zahlreichen Ausstellungen, selbst in Israel, fanden seine Arbeiten große Anerkennung. Als der damals 24jährige Meinerzhagener auch einmal einen SPD-Ratsvertreter fotografierte, fragte der ihn plötzlich: „Hast Du nicht Lust, in die Partei zu kommen?“ Und er tat es.

Seitdem prägt die Partei den Lebensweg des heute 45jährigen. Geboren im märkischen Kierspel, sah Gerhard Wirth seinen beruflichen Wirkungskreis eigentlich im Maschinenbau. Er absolvierte die Werkzeugmacherlehre und besuchte erfolgreich die Fachhochschule. Nach anschließendem zweijährigen Zivildienst wechselte der Meinerzhagener in jenen Bereich, der „mir in den Adern liegt“: er studierte Sozialarbeit. Während seines Studiums engagierte sich der Sozialdemokrat bereits in seiner Partei, wurde Vorsitzender der örtlichen Jungsozialisten. Später war er Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten, und seit 1980 ist er Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Märkischer Kreis. Seit 1979 gehört Gerhard Wirth auch dem Rat der Stadt Meinerzhagen an, wo er schon seit zahlreichen Jahren Vorsitzender der SPD-Fraktion ist. Wie auch als Kreistagsmitglied seit 1984, sind Planung und Verkehr die Schwerpunkte seines kommunalen Wirkens. 1990 in den Landtag gewählt, holte der SPD-Abgeordnete auch fünf Jahre später den Wahlkreis 148, Märkischer Kreis I, für seine Partei. Auch im Landesparlament gilt sein Interesse dem Verkehrs- und Baubereich, in deren zuständigen Ausschüssen er ist.

Wenn es nicht zu einem Verkehrskollaps kommen sollte, so müsse der Verkehr stärker von der Straße auf die Schiene „umdirigiert“ werden, meint er. Daran mitzuarbeiten, hält der Meinerzhagener für eine seiner wichtigsten Aufgaben, nicht zuletzt aus Umweltschutzgründen. So engagiert er sich beispielsweise für ei-



Gerhard Wirth (SPD)

ne Wiederbelebung der in den achtziger Jahren stillgelegten Strecke zwischen Hagen und Gummersbach für den Personenverkehr. Allerdings unterstützt er die Flughafenpolitik des Wirtschaftsministers im Interesse Nordrhein-Westfalens, „weil sonst die Leute nach Amsterdam fahren“. Der SPD-Abgeordnete sieht sich als einen Vermittler zwischen dem Land und seinem Wahlkreis. Daher hat er nach eigenem Bekunden auch niemals versucht, die „Karriereleiter in Düsseldorf zu besteigen“. Er hält in diesem Zusammenhang seine Zugehörigkeit zum Stadtrat und Kreistag für wichtig, „um mitzubekommen, was da unten passiert“. So konnte Gerhard Wirth beispielsweise mithelfen, zahlreiche regionale Probleme mit Hilfe des Landes zu lösen.

Trotz der zahlreichen politischen Aufgaben möchte der Vater von drei Kindern auch andere Aktivitäten nicht vermissen. „Ich mache gern Politik, aber es gibt auch etwas anderes im Leben.“ So ist er passionierter Segler, der vor allem die Ostsee und das Mittelmeer liebt. Und wer im Märkischen Kreis und seiner Umgebung eine schwarze „Moto Guzzi“ sieht, auf der siebzig PS starken Maschine könnte Gerhard Wirth sitzen. Aber auch der Wohnwagen ist für ihn ein unverzichtbares Gefährt, wenn das Urlaubsziel mitsamt Familie Griechenland ist.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 18. bis 22. 12. 1997

18. 12. **Frank Sichau** (SPD), 50 J.

21. 12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 60 J.

21. 12. **Gerhard Wirth** (SPD), 46 J.

22. 12. **Josef Wilp** (CDU), 59 J.

22. 12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 50 J.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, erhält vom Club der Schlitzohren in Mülheim an der Ruhr „Das Goldene Schlitzohr 1997“ verliehen. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert, den die Preisträger traditionell dem eigentlichen Ziel des Vereins stiften. Der Club der Schlitzohren unterstützt weltweit bedürftige Kinder, baut Kinderkrankenstationen und Schulen. Vor Rau wurden unter anderem **Franz-Josef Strauß**, **Sir Peter Ustinov**, **Heide Simonis** und **Mario Adorf** ausgezeichnet.

★

Dr. Andreas Lorenz (CDU), Landtagsabgeordneter, begeht am 21. Dezember seinen 60. Geburtstag. Geboren in Grauschütz, studierte er nach dem Abitur 1955 zunächst Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, dann bis 1968 Chemie an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Der Diplomchemiker promovierte zum Dr. rer. nat. und wurde Wissenschaftlicher Beamter an der TH Aachen. Lorenz ist öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Brennstoffe, Kraftstoffe und Schmierstoffe bei der IHK Aachen und Lehrbeauftragter für Brennstoffchemie an der TH seiner Heimatstadt. Der CDU gehört er seit 1961, dem Landtag seit 1990 an. Er ist Mitglied im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung sowie im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung. Andreas Lorenz ist verheiratet und hat drei Kinder.

★

Horst-Dieter Vöge (SPD), Landtagsabgeordneter, vollendet am 22. Dezember sein 50. Lebensjahr. Zunächst zum Koch ausgebildet, studierte der in Negast/Stralsund geborene und heute in Dinslaken beheimatete Politiker über den 2. Bildungsweg Geschichte, Politik und Wirtschaft in Duisburg und war nach dem ersten Staatsexamen u. a. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag und Angestellter im Bergbau. Er gehört der SPD seit 1973 und dem Landtag seit 1990 an, wo er im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie tätig ist. Horst-Dieter Vöge ist verheiratet.

★

Frank Sichau (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 18. Dezember seinen 50. Geburtstag. Der Politiker, von Beruf Pastor, wurde in Wanne-Eickel geboren, das heute zu Herne gehört. Er studierte evangelische Theologie in Bochum, Bethel und Münster und ist seit 1978 Pfarrer des Kirchenkreises Herne im Berufsschuldienst. Der SPD gehört Sichau seit 1968, dem Landtag seit 1995 an. Er ist Mitglied des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie sowie des Rechtsausschusses und Vorsitzender der Justizvollzugskommission dieses Ausschusses. Frank Sichau ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Weihnachtsmärkte finden sich im Advent in allen großen Städten des Landes, aber auch in kleineren Kommunen locken Stände mit weihnachtlichem Angebot. So in Much, einem Städtchen bei Siegburg im Bergischen Land (Bild oben). Much ist in dieser Region die älteste Siedlung und wurde bereits 1131 erstmals urkundlich erwähnt. Heute verfügt Much mit seinen 12 000 Einwohnern über einen Zentralort und 114 Ortschaften, die allerdings vielfach auf wenige Häuser beschränkt sind. Das ganze erstreckt sich über 78 km². Die höchste Erhebung im bergischen Much mißt 385 Meter, die tiefste 131 Meter über dem Meeresspiegel. Den Weihnachtsmarkt in Much zeichnet aus, daß er kaum kommerziell aufgezogen ist. Da werden noch Plätzchen zugunsten krebserkrankter Kinder verkauft, und die Krippen stehen hoch im Kurs, denn der Krippenbau hat hier Tradition. Beim 16. Weihnachtsmarkt an diesem Advent ist auch ein Baumkuchenbäcker anzutreffen (Bild unten). Mit 60 Eiern auf 600 Gramm Mehl und anderthalb Pfund Butter bäckt der Mann in zwanzig Lagen in seinem alten Ofen zur Freude der Passanten seine Baumkuchen. Fotos: Schälte

